6. VIII. 1929

Jahrgang IX Nr. 16

Der Heimatdienst

2. Augustheft 1929

Im Hafen von Duisburg

Originalradierung von van Hees

Deutschlands Programm für die Haager Konferenz.

Die großen Politiker von zwölf Staaten haben sich im Haag versammelt, um die Gesamtliquidierung des Weltkrieges herbeizuführen. Das Arbeitsprogramm dieser „Haager Konferenz 1929", wie man sie offiziell benannt hat, ist durch die Schaffung des Youngplanes auf der Sachverständigenkonferenz in Paris und die Genfer Resolution vom 16. September 1928 umrissen. Danach hat die Konferenz die Aufgabe, die Annahme und Inkraftsetzung des Youngplanes herbeizuführen und die Beschlüsse der Genfer Verlautbarung zu verwirklichen.

Die Einstellung der deutschen Reichsregierung zu diesen Fragen ist klar und eindeutig. Sie hat bereits erklärt, daß Deutschland bereit ist, auf der Grundlage des Youngplanes zur Lösung des Reparationsproblems zu gelangen. Die im Youngplan vorgesehene wirtschaftliche Liquidation des Krieges ist aber für Deutschland nur annehmbar und tragbar, wenn sie zugleich begleitet wird von der politischen Liquidation, d. h. praktisch von der Räumung des Rheinlandes und der Wiederherstellung der deutschen Souveränität. Darüber bestehen im ganzen deutschen Volke keine Zweifel. Und wenn, wie Dr. Stresemann als Führer der deutschen Delegation ausführte, die Haager Konferenz der Organisation des Friedens dienen will, dann muß sie auch einen Frieden schaffen, der den Völkern weit mehr gibt, als ihn der Rechenstift eines lediglich finanziellen Ausgleichs geben kann.

Die Debatte über diese beiden großen Fragenkomplexe ist im Haag in vollem Gange. In einer finanziellen Kommission, in die alle auf der Konferenz vertretenen Staaten je zwei Mitglieder delegiert haben und der der belgische Finanzminister Houtart präsidiert, ist die in der ursprünglichen Vollkonferenz durch den englischen Schatzkanzler Snowden ausgelöste Generaldebatte über den Youngplan weitergeführt worden. Und zwar hat Snowden drei Forderungen Englands präsentiert, die für den Gang der finanziellen Verhandlungen von entscheidender Bedeutung geworden sind, weil er von ihrer Regelung die Annahme des Youngplanes englischerseits abhängig macht. Zunächst verlangt er die Aufhebung des neuen Verteilungsschlüssels der deutschen Zahlungen und die Rückkehr zum alten Schlüssel von Spaa. Dieser Schlüssel von Spaa sah für Frankreich 52 v. H. der deutschen Zahlungen vor, für England 22 v. H. Im Verteilungsplan des Youngabkommens ist er auf Kosten Englands und der kleineren Mächte geändert worden. Wenn wirklich gegenüber dem Spaaschlüssel eine Minderung des englischen Anteils um 2,4 Millionen Pfund Sterling einträte, so würde dies bei einem britischen Budget von 800 Millionen Pfund nicht einmal 3 pro Mille bedeuten. Und man sollte denken, daß die Ausgleichung solcher verhältnismäßig kleinen Unebenheiten die Bezeichnung der Pariser Pläne als „nicht annehmbar" kaum rechtfertigt. Die zweite Forderung Snowdens betrifft die Verteilung des ungeschützten Teiles der deutschen Annuitäten, d. h. der 660 Millionen jährlich, die bedingungslos und ohne Schutz für den deutschen Handel zu zahlen und deshalb auch zu kommerzialisieren sind. Von dieser Summe erhält Frankreich 500 Millionen, Italien 42 Millionen. Und ferner wird davon der Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawesanleihe mit augenblicklich 90 Millionen gedeckt, so daß nur ein kleiner verfügbarer Rest übrigbleibt. Und die dritte englische Forderung bezieht sich auf die Sachleistungen, für die im Youngplan vorgesehen ist, daß die empfangenden Mächte den überschüssigen Teil dieser Lieferungen zu billigem Preis weiterverkaufen können. Und in diesem Punkte fühlt sich England getroffen.

Es ist an dieser Stelle nicht möglich, die einzelnen Phasen der hochinteressierten Debatte der Alliierten über diese Fragen aufzuzeichnen und zu charakterisieren. Für den deutschen Beobachter ist es jedenfalls ebenso interessant wie überraschend, die gegenseitige Einstellung der Alliierten zueinander mit ihrer frappierenden Schärfe und Ironie im Tone der Diskussion aus nächster Nähe zu beobachten. Auf der einen Front England und die kleineren Mächte, die sich in Paris übervorteilt fühlen, auf der anderen Frankreich, Belgien und Italien, die schützend die Hände über das von ihnen Erreichte halten. Deutschland ist von diesem interalliierten Quotenstreit nicht direkt berührt, soweit Einzelheiten in Frage kommen. Aber es wäre falsch, anzunehmen, als ob das Ergebnis dieser Dialoge und Verhandlungen uns überhaupt nicht berührte. Wir haben ein entscheidendes Interesse daran, daß irgendeine Einigung nicht auf Kosten Deutschlands zustande kommt. Und es ist politisch-psychologisch untragbar, daß sich ein Alliiertenkonzern bildet, der seine Spitze gegen Deutschland richtet. Man wird nie vergessen dürfen, daß hinter diesen Diskussionen ganz bestimmte politische Willensrichtungen stehen. Wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, werden die deutschen Delegierten in dieser finanziellen Kommission ihre bisher notwendige Zurückhaltung aufgegeben und zu den Fragen Stellung genommen haben, die uns direkt angehen und auf die die Diskussion bereits übergegriffen hat. Vielleicht ist dann auch schon die Krisis gebannt, in die der finanzpolitische Teil der Konferenz gleich zu Beginn geriet.

Eine andere Entwicklung hat die Arbeit der gleichzeitig und gleichwertig tagenden politischen Kommission genommen, in der lediglich die sechs einladenden Mächte Deutschland, England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan unter dem Vorsitz des englischen Außenministers Henderson vertreten sind. Hier ist zunächst ein Unterkomitee beschlossen worden mit der Maßgabe, die technische Durchführung der Rheinlandräumung vorzubereiten. Und zwar wird dieses Komitee nach bestimmten Instruktionen der politischen Kommission arbeiten. Mit seiner Einsetzung ist von allen beteiligten Staaten grundsätzlich die Rheinlandräumung anerkannt worden. Wann und wie sie sich vollziehen wird, dürfte sich im Laufe dieser Woche ergeben. Nachdem jede Macht erklärt hat, daß die Rheinlandräumung keine Diskussionsfrage mehr darstellt, ist für sie auch die von Briand propagierte Vorbedingung, daß vorher der Youngplan angenommen sein müsse, hinfällig. Bezüglich der Zeitdauer der Räumung dürfte es dem französischen Generalstab nicht schwerfallen, ein Kontingent von 50 000 Mann in kurzer Zeit abzutransportieren. Jedenfalls dürften etwaige von französischer militärischer Seite gemachten Einwände technischer Schwierigkeiten nicht stichhaltig sein.

Die zweite politische Frage, mit der sich diese Kommission zu befassen hat, ist die einer sogenannten Versöhnungs- und Vergleichskommission nach erfolgter Räumung. Nach der Genfer Verlautbarung vom September 1928 können wir uns einer Diskussion hierüber nicht entziehen. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, daß das bisherige Vertragssystem, wie es sich aus den Völkerbundsatzungen, dem Locarno-Abkommen und den Schieds- und Vergleichsverträgen ergibt, vollkommen lückenlos ist und genügen muß. Es war deutscherseits taktisch durchaus richtig, der Einsetzung eines Juristenkomitees zuzustimmen, das aus den bestehenden Verträgen den Nachweis erbringen soll, ob angesichts dieser Rechtslage und der bestehenden Institutionen eine neue Kommission notwendig ist. Die Stellung des deutschen Vertreters in diesem Komitee ist von vornherein gegeben. Wie aber auch der Bericht des Juristenkomitees ausfällt, die politische Kommission hat ihm gegenüber volle Freiheit des Handelns, was auf Antrag Stresemanns unter allgemeiner Zustimmung ausdrücklich festgestellt wurde.

Die von Deutschland aufgeworfene Saarfrage, deren notwendige Lösung sich aus der Rheinlandräumung ergibt, wird zunächst auf dem Verhandlungswege zwischen Deutschland und Frankreich ihrer Lösung nähergeführt werden. Hier ist Deutschland am Zuge und wird mit bestimmten Vorschlägen hervortreten.

Es ist durchaus richtig, das bisherige Arbeitsergebnis der politischen Kommission so zu charakterisieren, wie es ihr Vorsitzender, der englische Außenminister Henderson, tat, als er feststellte, daß die bisherigen Verhandlungen einen glücklichen und erfolgversprechenden Verlauf genommen haben. Die deutsche Delegation wird mit allen Kräften dahin wirken, die Konferenz zu einem Abschluß zu führen, der, wie Frankreichs Finanzminister Chéron sagte, die Vergangenheit liquidiert und die Grundlage eines dauerhaften guten Verhältnisses der beteiligten Staaten bilden kann.

Duisburg und die Duisburger Häfen.

Von Oberbürgermeister Dr. Jarres.

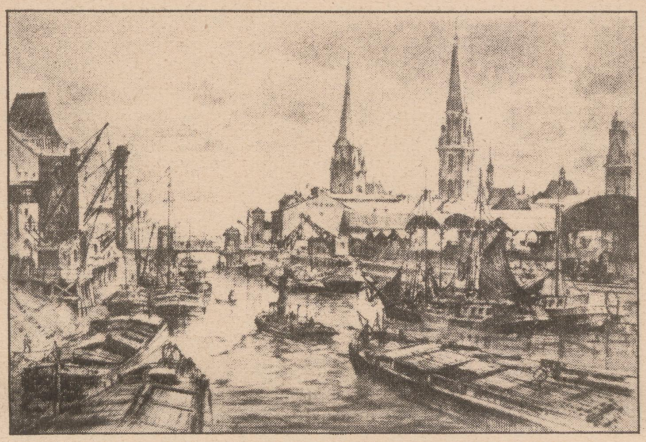
Das große hartumstrittene Gesetz über die neue kommunale Grenzziehung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hat die Aufmerksamkeit des Parlaments und der Öffentlichkeit insbesondere auch auf die Stadt Duisburg und ihre wirtschaftliche Eigenart gelenkt. Der große Gedanke der „Ruhrmündungsstadt", welcher von seiten der Wirtschaft zunächst gefördert, dann aber aufgegeben wurde, und der eine Zusammenfassung der Städte Duisburg, Mülheim, Oberhausen, Osterfeld, Sterkrade und Hamborn unter Zuziehung der Gemeinden Rheinhausen und Homberg auf dem linken Rheinufer und gewisser Teile des Landkreises Düsseldorf und Dinslaken bezweckte, kommt nicht zur Ausführung. Erfreulich war im Wandel des Meinungsaustausches nun die Beobachtung, wie dieser Gedanke immer mehr Anklang fand, wenn auch die gesetzgebenden Körperschaften sich zu einer Ausführung im Augenblick noch nicht durchringen konnten. So sind die Wünsche von Duisburg bei dieser kommunalen Neuregelung nur zum kleinen Teile in Erfüllung gegangen. Der Gesetzgeber hat sich nur entschlossen, der Stadt Duisburg eine Erweiterung in den Kreis Düsseldorf zuzugestehen, und die Vereinigung der beiden Städte Duisburg und Hamborn beschlossen. Damit wächst die Bevölkerungszahl von rund 278 000 auf 433 000 und das Gemeindegebiet von 7073 ha auf 14 200 ha. Die wirtschaftliche Kraft dieses Gebiets am Zusammenfluß von Rhein und Ruhr wird dadurch wesentlich gefördert. Aber die Stadt Duisburg kann die heutige Regelung nur als eine Etappe auf dem Wege zu einer endgültigen und vollkommenen Lösung betrachten.

Duisburg
Burgplatz mit Rathaus und Salvatorkirche. Radierung von van Hees

Im deutschen Vaterlande ist der Niederrhein und seine ausschlaggebende wirtschaftliche Wichtigkeit leider allzu wenig bekannt. Hinter dem romantischen Glanze des Mittel- und Oberrheins mit seinen alten und berühmten Kulturstädten und seinem internationalen Fremdenverkehr verblaßt das Bild unserer Gegend, die Gegend, wo am Zusammenfluß von Rhein und Ruhr das gigantischste Stück deutscher Wirtschaftsarbeit geleistet wird. Verdüstert vom Rauche der Alltagsarbeit und ungemütlich im lauten Pochen rastlosen Schaffens, scheint dieses Gebiet für den Beobachter keine besonderen Reize zu haben. Und doch befinden wir uns hier an der „Ruhrmünde" auf uraltem historischen Boden. Nicht nur Wasserläufe und Bodenschätze, sondern die ganzen geographischen Zusammenhänge mußten hier, wo der Rhein in der Ebene mit der norddeutschen Tiefbucht zusammenstößt, einen Knotenpunkt von besonderer politischer und wirtschaftlicher Bedeutung entstehen lassen. Das haben schon die Römer erkannt, als sie den Rhein zur Grenze wählten und gegenüber der Mündung von Ruhr, Emscher und Lippe starke Schutz- und Trutzfestungen schufen. Das berühmte römische Asciburgium und die Castra vetera bei Xanten sind hochinteressante Denkmale römischen Grenzschutzes. Nach dem Untergange der Römerherrschaft fielen diese Bollwerke zusammen; es entwickelten sich schon in allerfrühester Frankenzeit an der Ruhrmündung, wo das jetzige Duisburg steht, bedeutsame germanische Händlersiedlungen. Die Stadt Duisburg konnte vor einigen Wochen die 800jährige Wiederkehr des Tages feiern, an welchem Kaiser Lothar III. ihr Stadtrechte verlieh. Tatsächlich ist jedoch Duisburg weit ehrwürdigeren Alters. Schon um das Jahr 700 nach Christi Geburt bauten Frankenfürsten auf dem Platze, wo heute das Duisburger Rathaus sich erhebt, eine feste Königsburg. Nach der Gründung des Deutschen Reiches unter Heinrich I. fand im Jahre 927 hier in Duisburg die erste Reichsversammlung, d. h. der erste deutsche Reichstag statt. Duisburg hatte in dem großen Ringen zwischen den Stämmen der Franken und Sachsen besondere militärische Bedeutung. Seit der Karolingerzeit entstand hier eine Handels- und Schiffahrtsstadt von stets wachsendem Wohlstand, die namentlich in den Kämpfen mit den Normannen heftig umstritten wurde. Duisburg gehörte zu den Residenzorten der deutschen Könige. Oft ritten hier die deutschen Kaiser mit zahlreichem Gefolge ein. Namentlich in der Staufenzeit erlebte Duisburg Jahrzehnte höchster Blüte, welche durch Messe- und Marktrechte besonders äußerlich in die Erscheinung trat. In den folgenden Jahrhunderten, namentlich am Ausgang des 13. Jahrhunderts, hat dann aber Duisburg schwere Schicksalsschläge zu erleiden gehabt, welche seine Bedeutung minderten. Pest und Brand, namentlich aber eine für die Schiffahrt der Stadt verhängnisvolle, durch Hochwasser verursachte Verlegung des Rheinstroms, schwächten die Wirtschaft. Dazu kam, daß um dieselbe Zeit Rudolf von Habsburg, die bis dahin freie Reichs- und Hansastadt an die Herrscher von Cleve verpfändete, eine Pfandhaft, aus der die Stadt von den nachfolgenden Kaisern nicht wieder gelöst worden ist. So kam Duisburg mit dem Ausgang des Jülich-Clevischen Erbfolgestreites in brandenburgisch-preußischen Besitz, ein Wechsel, welcher dem allmählich zur kleinen Landstadt herabgesunkenen Duisburg nachhaltend zum Segen wurde. Denn die Hohenzollern erkannten alsbald die ungewöhnlich günstige Lage der Stadt und haben ihre Entwicklung mit Umsicht und Tatkraft gefördert. Der große Kurfürst machte Duisburg zur Landesuniversität, welche anderthalb Jahrhundert bestanden hat, bis sie nach den Freiheitskriegen in die neugegründete Universität Bonn überging. Friedrich der Große ist der Gründer der Ruhrschiffahrt und hat damit die Grundlage für die wirtschaftliche Auswertung des Ruhrkohlenbergbaues gegeben. Aber erst seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts hebt die einzige Entwicklung der großen Hafenanlagen an, welche heute unter dem Sammelnamen Duisburg-Ruhrorter Häfen bekannt sind. Damals waren die heute zu einer Großstadt vereinigten Städte Duisburg, Ruhr-

Phot.: Gerling-Duisburg
Duisburg. Theater und Duisburger Hof

ort und Meiderich selbständige Gemeinden. Die Stadt Duisburg hatte ihre eigenen, mit großen Kosten und Schwierigkeiten entwickelten Häfen, während nördlich der Ruhr bei Ruhrort der fiskalische Hafenumschlag sich kräftig entwickelte. Die städtischen und die preußisch-fiskalischen Häfen standen in schwerem Wettbewerb. Von beiden Seiten waren Anfang unseres Jahrhunderts große Erweiterungen geplant, deren Ausführung zu ungesunder Wirtschaft und erdrückender Konkurrenz hätte führen müssen. So war es ein Segen für beide Teile, daß der preußische Fiskus und die Stadt Duisburg sich im Jahre 1905 die Hand zur Verständigung reichten und ihre Häfen in einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechtes zu gemeinschaftlicher Verwaltung vereinigten. Vorbedingung dazu war jedoch die Verschmelzung der drei Städte Duisburg, Ruhrort und Meiderich, welche damit zu einer Großstadt Duisburg zusammenwuchsen. Dieses Groß-Duisburg erstreckt sich heute auf einen Flächenraum von stark 7000 ha und zählt rund 280 000 Einwohner. Jene großzügige wirtschaftliche Verständigung zwischen Staat und Stadt und die Vereinigung der drei Gemeinden ist dem ganzen Industriegebiet und der deutschen Wirtschaft zum Vorteil geworden. Damit wurde ein einheitliches Wirtschaftsgebiet geschaffen, welches sich bis zum Kriege in grandioser Weise entwickelt hat und auch die Stürme des Krieges und der Nachkriegszeit zu überstehen vermocht hat. Kaum ein anderer Teil des deutschen Vaterlandes hat nach dem Kriege unter inneren und äußeren Stürmen so zu leiden gehabt, wie Duisburg; keine Stadt aber auch fester gestanden und sich zäher durchgebissen als Duisburg. Die Zeiten der Spartakistenkämpfe, der völkerrechtswidrigen Besetzung und der elenden Separatistenwirren bleiben Ruhmeszeit für die Duisburger Bevölkerung, ihre Wirtschaft und Verwaltung. Welche Werte es hier zu verteidigen und zu erhalten galt, ist aus folgenden Zahlen zu ersehen: Von den rd. 100 Hochöfen im Deutschen Reiche stehen 25, d. h. ein Viertel im Bezirke der Handelskammer Duisburg-Wesel. Daneben liegen in diesem Bezirke 22 Schachtanlagen für den Bergbau und über 1000 Koksöfen. 35 v. H. der deutschen Rohstahlproduktion und 40 v. H. der deutschen Roheisenproduktion wird hier gefördert, und über 40 v. H. des ganzen deutschen Binnenschiffahrtsverkehrs geht allein von Duisburg aus. Man macht sich im deutschen Volk keine genügende Vorstellung von der Bedeutung, welche der deutsche Binnenschiffahrtsverkehr auch heute noch hat und auch nicht verlieren darf. Nach der Güterverkehrsstatistik des Jahres 1926 beträgt die Gesamtmenge des deutschen Güterversandes 474 Millionen t; davon entfiel ein Sechstel mit 86 Millionen t auf den Binnenschiffahrtsverkehr. Das rheinisch-westfälische Industriegebiet nimmt mit stark 150 Millionen t ein Drittel des deutschen Gesamtgüterverkehrs in Anspruch und von dem gesamten Ruhrgebietsverkehr vollziehen sich zwei Fünftel = rund 60 Millionen t wiederum auf dem Wasserwege.



Duisburg. Schiffsverkehr im Außenhafen an den Getreidespeichern
Im Hintergrund die Burgplatztürme Radierung von van Hees

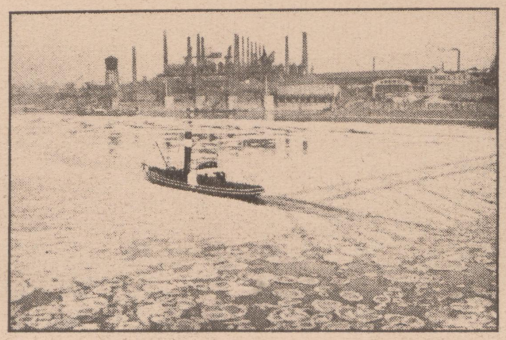
In diesem westdeutschen Binnenschiffahrtsverkehr weisen die Duisburg-Ruhrorter Häfen weitaus die größten Mengen auf. Im Jahre 1913 betrug der Gesamtumschlag in den Duisburg-Ruhrorter Hafen 27,2 Millionen und überschritt damals schon den Umschlag des großen Hamburger Hafens. Der Krieg traf auch die Rheinschiffahrt bis ins Mark. Im Jahre 1923, der Zeit des passiven Widerstandes fiel der Umschlag auf 3,3 Millionen, hob sich jedoch in den folgenden Jahren wieder in erfreulicher Weise und hat im Jahre 1926, dem Jahre des englischen Kohlenstreikes, mit 27,7 Millionen t die Rekordziffer der Vorkriegsjahre sogar überschritten. Das Betriebsjahr 1927 brachte unter normalen Verhältnissen einen Umschlag von 24,7 Millionen t, während die mißlichen wirtschaftlichen Verhältnisse des letzten Jahres 1928, verschärft noch durch lange Lohnkämpfe und scharfe Frostperioden, den Umschlag leider stark beeinträchtigt haben und auf 20,5 Millionen t fallen ließen.

Eingang vom Rhein in die Duisburg-Ruhrorter Häfen *Hansa Luftbild*

Hafenkanal *Hansa Luftbild*
Kaiserhafen und Vinckekanal der Duisburg-Ruhrorter Häfen

Die eingefrorene Rheinflotte im Duisburg-Ruhrorter Hafen im kalten Winter 1928/29 *Phot.: Hill*

Durch Verbesserung der Hafenanlagen, Rationalisierung des Betriebes hofft jedoch die Hafenverwaltung, zum mindestens die Umschlagziffer des Jahres 1927 konstant halten zu können. Namentlich darf man sich von dem großen Bau der neuen Kohlenmischanlage, welche das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat zur Zeit in den Häfen errichtet, eine wesentliche technische Verbesserung und damit eine Hebung des Kohlenumschlages, der für die Häfen die größte Rolle spielt, erhoffen. Dieser Kohlenumschlag durch die vorhandenen Kipperanlagen betrug 1926 schon 16 Millionen t, d. h. arbeitstäglich im Durchschnitt 53 000 t = 63 voll ausgelastete Güterzüge Die Spitzenleistung eines Tages war 75 000 t = 90 Güterzüge



Eisgang auf dem Rhein bei Duisburg Frühjahr 1929 *Phot.: Hill*

Seit dem Jahre 1926 ist die bisher lose Hafengemeinschaft zwischen Staat und Stadt in die festere Form der Aktiengesellschaft gegossen worden, um, losgelöst von bürokratischen Hemmungen, wirtschaftlicher arbeiten zu können. An dieser mit einem Nominalkapital von 20 Millionen Mark arbeitenden Aktiengesellschaft ist der Staat mit zwei Drittel, die Stadt mit einem Drittel beteiligt. Auch in dieser neuen Form verzichtet die Gesellschaft auf jede Gewinnausschüttung. Das, was verdient wird, muß satzungsgemäß zur Verbesserung der Hafenanlagen verwandt werden. Diese Hafenanlagen haben eine Quailänge von 44 Kilometern mit 23 Kohlenkippern, 20 Getreideelevatoren, 155 Speichern und Schuppen und 208 Lager- und Umschlagsplätzen. Die Gesamtwasserfläche beträgt 189 ha und die Gesamthafenfläche, einschließlich eines noch freiliegenden Gebietes für die Hafenerweiterung, 916 ha. Die Länge der Gleise innerhalb des Hafens beträgt 415 km mit rd. 500 Weichen, d. h. eine Gleislänge, welche der Bahnstrecke Köln bis Magdeburg entspricht.

Neben diesen im Besitze der Aktiengesellschaft stehenden Hafenanlagen liegen im Stadtgebiete Duisburg noch sehr wichtige Privatladestellen, welche auch einen Umschlag von über 2 Millionen t bewältigen. Zählt man zu diesen örtlichen Duisburger Hafenanlagen noch die in unmittelbarer Nachbarschaft liegenden Industriehäfen hinzu, so weisen alle diese, unter dem Sammelnamen „Rhein-Ruhr-Häfen" zusammengefaßten, eine wirtschaftliche Einheit bildenden Häfen, einschließlich der Duisburg-Ruhrorter Häfen, einen Gesamtumschlag von rd. 40 Millionen t im Jahre auf, ein Umschlag, der auch nicht annähernd an einem anderen Punkte des Erdballs im Schiffahrtsverkehr erreicht wird.

Deutschlands Bezugs- und Absatzländer 1928.

Von Regierungsrat Dr. Kürbs.

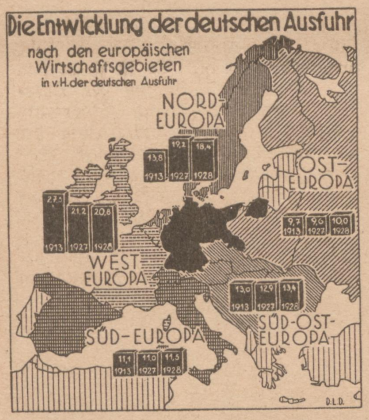
Die Entwicklung, die der deutsche Außenhandel im Jahre 1928 genommen hat, kann man im allgemeinen als nicht ungünstig bezeichnen, ist doch der Einfuhrüberschuß gegenüber dem Vorjahr erheblich zurückgegangen. Schloß das Außenhandelsjahr 1927 nach den berichtigten Zahlen des Statistischen Reichsamts mit einem Einfuhrüberschuß von rd. 3,4 Milliarden RM. ab, so weist das Jahr 1928 zwar auch noch eine sehr hohe Passivität auf, diese liegt aber doch mit 1858 Millionen RM. (ohne Reparationslieferungen) um fast 1,6 Milliarden RM. unter dem Einfuhrüberschuß von 1927. Diese sehr beträchtliche Verbesserung der Handelsbilanz beruht in der Hauptsache auf der starken Ausfuhrsteigerung, zum Teil aber auch auf einem leichten Rückgang der Einfuhr. Die Ausfuhr ist 1928 gegenüber dem Vorjahr um 13 v. H. gestiegen, während die Einfuhr dem Werte nach nur um 1 v. H. hinter dem Vorjahr zurücksteht. Angesichts der beträchtlichen Verbesserung der Handelsbilanz ergibt sich die Frage, ob die Entwicklungsrichtung, die der deutsche Außenhandel im Jahre 1928 genommen hat, als etwas Dauerndes anzusehen ist oder ob ein Zufallsergebnis vorliegt. Darüber läßt sich naturgemäß mit Sicherheit nichts aussagen. Es ist aber anzunehmen, daß die Ausfuhrsteigerung im allgemeinen als eine stetige Fortentwicklung anzusehen ist und von Bestand sein wird. Damit ist über das Tempo nichts gesagt, hat doch auch die Ausfuhr zum Teil von konjunkturellen Einflüssen Nutzen gezogen. So hat die günstige Getreide- und Kartoffelernte des Vorjahres nicht nur die Einfuhr entlastet, sondern auch die Ausfuhr erhöht; es hat betragen die Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken 1928 4195,6 Mill. RM. gegen 4326,1 Mill. RM. 1927, die Ausfuhr 1928 630,6 Mill. RM. gegen 440,8 Mill. RM. im Jahre 1927. Die Einfuhr hat darüber hinaus auch eine Entlastung erfahren durch den verminderten Bezug an bestimmten Rohstoffen und Halbwaren (Textilien, Erzen und Metallen), eine Folge der weichenden Inlandskonjunktur. Wie weit diese im übrigen eine Forcierung der Ausfuhr bewirkt hat, ist ebenfalls eine offene Frage. Zu erheblichen Preisnachlässen ist es jedenfalls bei der Ausfuhr nicht gekommen.

Der deutsche Außenhandel nach Wirtschaftsgebieten in den Jahren 1925—1928.

Wirtschaftsgebiete	Einfuhr				Ausfuhr[1])				Einfuhr				Ausfuhr[1])			
	1928	1927	1926	1925	1928	1927	1926	1925	1928	1927	1926	1925	1928	1927	1926	1925
	In Millionen RM.								Reiner Warenverkehr = 100							
Europa[2])	7 170	7 562	5 086	6 527	8 380	7 423	6 895	6 397	51,0	53,1	50,9	52,8	73,5	72,6	70,5	72,7
		[5])E.Ü. 139		E.Ü. 130	[6])A.Ü. 1210		A.Ü. 1809									
Afrika[3])	711	616	439	521	260	239	241	200	5,1	4,3	4,4	4,2	2,3	2,4	2,5	2,3
	E.Ü. 451	E.Ü. 377	E.Ü. 198	E.Ü. 321												
Asien[4])	1 656	1 411	1 147	1 491	916	821	925	730	11,7	9,9	11,5	12,1	8,0	8,0	9,4	8,3
	E.Ü. 740	E.Ü. 590	E.Ü. 222	E.Ü. 761												
Amerika	4 136	4 260	3 007	3 503	1 757	1 647	1 611	1 422	29,5	30,0	30,0	28,3	15,4	16,1	16,5	16,1
	E.Ü. 2379	E.Ü. 2613	E.Ü. 1396	E.Ü. 2081												
Australien ...	362	370	316	316	76	83	69	43	2,6	2,6	3,1	2,6	0,7	0,8	0,7	0,5
	E.Ü. 286	E.Ü. 287	E.Ü. 247	E.Ü. 273												
Eismeer, nicht ermittelt ..	10	9	7	4	6	10	42	7	0,1	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,4	0,1
	E.Ü. 4					A.Ü. 1	A.Ü. 35	A.Ü. 3								
zusammen:	14 045	14 228	10 002	12 362	11 395	10 223	9 783	8 799	100	100	100	100	100	100	100	100
	E.Ü. 2650	E.Ü. 4005	E.Ü. 219	E.Ü. 3563												
Dazu: Gold und Silber	967	238	615	718	32	22	36	40								
	E.Ü. 935	E.Ü. 216	E.Ü. 579	E.Ü. 678												
Reparationssachlieferung.	—	—	—	—	658	578	631	491								

[1]) Ohne Reparations-Sachlieferungen. — [2]) Einschl. Rußland in Asien, ausschl. Kanarische Inseln 1927 und 1928; ausschl. Rußland in Asien, Kanarische Inseln 1925, 1926. — [3]) 1927, 1928 einschl. Kanarische Inseln. — [4]) 1925, 1926 einschl. Rußland in Asien. — [5]) E.Ü. = Einfuhr-Überschuß — [6]) A.Ü. = Ausfuhr-Überschuß.

Betrachtet man die Wirkung, die die Veränderung des Außenhandels 1928 gegen 1927 auf den Warenverkehr mit den einzelnen Erdteilen gehabt hat, so zeigt sich, daß der Warenaustausch zwischen Deutschland und Europa die stärksten Wandlungen aufweist. Dieser Verkehr war vor dem Kriege immer stark aktiv. Im Jahre 1913 ergab sich beispielsweise im Warenaustausch zwischen Deutschland und den übrigen europäischen Staaten ein Ausfuhrüberschuß von rd. 1,8 Milliarden Vorkriegsmark. Nach der Stabilisierung der Währung war in den ersten Jahren (1924, 1925) die Handelsbilanz in diesem Warenverkehr leicht passiv, um dann 1926 mit einem hohen Ausfuhrüberschuß abzuschließen. Dieses Ergebnis war aber in der Hauptsache auf die starke Drosselung der Einfuhr zurückzuführen. 1927 ergab sich dann wieder eine leichte Passivität, 1928 dagegen eine starke Aktivität (1,2 Milliarden RM.). 1928 war der Ausfuhrüberschuß im Gegensatz zu 1926 in der Hauptsache eine Folge der Ausfuhrsteigerung. Doch ist nicht zu verkennen, daß sich 1928 die schon in der Vorkriegszeit feststellbare Tendenz, Rohstoffe nach Möglichkeit unmittelbar beim Überseelieferanten einzudecken, weiter gesteigert hat. Hinzu kommt, daß Rußland in der Nachkriegszeit als Lieferant von Getreide weitgehend durch Argentinien ersetzt worden ist. So ist der Anteil Europas an der deutschen Einfuhr ständig, wenn auch langsam, zurückgegangen. 1906 kamen 59,8 v. H. sämtlicher von Deutschland eingeführten Waren aus Europa. Dieser Anteilssatz senkte sich dann langsam — wenn auch nicht gradlinig — auf 54 v. H. im Jahre 1913. 1928 hat Europa nur noch etwas mehr als die Hälfte (51 v. H.) der von Deutschland eingeführten Waren geliefert. Bei der Ausfuhr ist dagegen die Entwicklung in umgekehrter Richtung gegangen. 1906 gingen 72,6 v. H. aller aus Deutschland ausgeführten Waren nach den europäischen Staaten. 1913 hatte die Ausfuhr nach diesen Staaten bereits 75 v. H. erreicht. Während und nach der Inflation bestand zwar zunächst die Tendenz, möglichst viel Waren unmittelbar an die überseeischen Abnehmer zu liefern, seit 1925 aber wächst wieder langsam, wenn auch nicht ohne Rückschläge, die Bedeutung Europas als Abnehmer deutscher Waren. Bezieht man die Reparationssachlieferungen in die Ausfuhr ein, so sind 1928 wieder (wie 1913) 75 v. H. aller ausgeführten Waren nach europäischen Staaten gegangen.

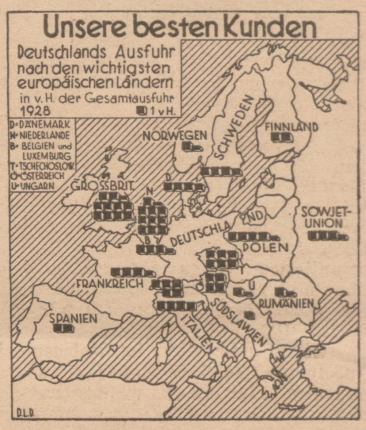


Untersucht man nun, welche europäischen Staaten an der prozentualen Ausfuhrsteigerung hauptsächlich beteiligt sind, und faßt zu diesem Zweck die Länder nach Ländergruppen zusammen, so zeigt sich, daß die Ausfuhr nach den nordeuropäischen Staaten einschließlich Niederlande stark zugenommen hat, während gleichzeitig die Ausfuhr nach den westeuropäischen Staaten einschließlich Großbritannien stark zurückgegangen ist. Dagegen haben Osteuropa, Südosteuropa und Südeuropa ihre Bedeutung als Absatzmärkte für deutsche Waren annähernd behaupten können. Es hat betragen der Anteil an der deutschen Ausfuhr (= 100):

	1928 ohne	1928 mit	1927 mit	1913
	Reparationssachlieferungen			
Europas	73,5	74,9	73,9	75
dar. Nordeuropa	19,4	18,4	19,2	13,8
dar. Niederlande	10,3	9,8	10,4	6,9
Schweden	3,8	3,6	3,8	2,3
Dänemark	3,8	3,6	3,5	2,8
Norwegen	1,5	1,4	1,5	1,6
„ Westeuropa	17,7	20,6	21,2	27,5
dar. Großbritannien	10,6	9,8	11,1	14,2
Franz. Zollgebiet	3,6	6,7	6,0	7,8[1])
Belgien-Luxemburg	3,5	4,1	4,1	5,5[2])
dar. Osteuropa	10,6	10,0	9,6	9,7
dar. Polen-Danzig	4,4	4,1	4,0	.
Sowjetunion	3,6	3,3	3,1	8,7
Finnland	1,9	1,8	1,4	1,0
„ Südeuropa	11,2	11,5	11,0	11,1
dar. Schweiz	5,0	4,8	4,5	5,3
Italien	3,8	4,5	4,3	3,9
Spanien	1,9	1,7	1,7	1,4
„ Südosteuropa	13,8	13,4	12,9	13,0
dar. Tschechoslowakei	5,7	5,4	4,8	10,9
Österreich	3,7	3,5	3,4	
Ungarn	1,4	1,3	1,3	
Rumänien	1,4	1,4	1,5	1,4
Südslawien	0,8	1,0	1,1	0,2

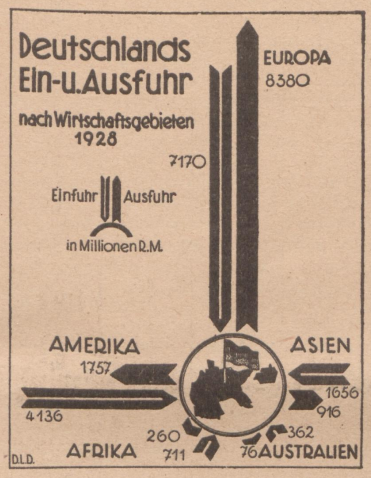
[1]) 1913 Frankreich. — [2]) 1913 Belgien.

Unter den nordeuropäischen Staaten weisen die Niederlande die stärkste Ausfuhrzunahme auf. Nach dort wurden 1928 für 1177 Millionen RM. Waren (gegen 1119 Mill. RM. 1927) ausgeführt. Trotz des anteilmäßigen Rückgangs hat somit 1928 die Ausfuhr weiter, wenn auch nicht entsprechend der allgemeinen Ausfuhrzunahme, zugenommen. Die Niederlande sind Deutschlands zweitgrößter Warenabnehmer überhaupt geworden. Die Ausfuhr nach Dänemark ist im Berichtsjahr besonders stark gestiegen (von 378 auf 431 Mill. RM.) und hat somit nahezu die Ausfuhr nach Schweden (432 Mill. RM.) erreicht. Die Ausfuhr nach Norwegen ist trotz des anteilmäßigen Rückgangs leicht gestiegen (1928 169, 1927 157 Mill. RM.). Die unter Westeuropa aufgeführten Länder haben bei weitem noch nicht wieder den Anteil an der deutschen Ausfuhr erreicht, den sie 1913 (ohne Elsaß-Lothringen, Saargebiet und Luxemburg) hatten, obwohl auch die Ausfuhr nach diesen Ländern in den letzten Jahren ständig in aufsteigender Linie geht. Die Ausfuhr nach Großbritannien, das wie vor dem Kriege, wieder unser größter Warenabnehmer geworden ist, hat 1928 gegenüber dem Vorjahr trotz des anteilmäßigen Rückganges absolut keinen Rückgang zu verzeichnen. 1928 wurden nach Großbritannien für 1182 Mill. RM. Waren (gegen 1178 Mill. RM. 1927) abgesetzt. Die Ausfuhr nach dem französischen Zollgebiet ist erheblich gestiegen; vor allem konnte die Ausfuhr an Fertigwaren nach Frankreich selbst beträchtlich gesteigert werden (1928 569, 1927 477 Millionen RM.), offenbar eine Folge des abgeschlossenen Handelsvertrages. Trotz der erfreulichen Fortschritte der letzten Zeit liegt die Ausfuhr nach den westeuropäischen Staaten noch am meisten hinter dem Vorkriegsstand zurück. Die Ausfuhr nach Osteuropa hat sich in den letzten Jahren ebenfalls erfreulich gesteigert. Die Zunahme beträgt 1928 gegen 1927 nahezu 25 v. H.! Wenn auch 1928 die Ausfuhr (wie auch 1927) zum Teil unter außergewöhnlichen Einflüssen gestanden hat — Lieferungen nach der Sowjetunion auf Grund des Garantiekredits —, so ist doch eine Zunahme des Exports nach Osteuropa unverkennbar. Hieran haben alle Länder teil. Beachtlich ist, daß Polen-Danzig (1928 499 Mill. RM.) mehr Waren als die Sowjetunion (1928 403 Millionen RM.) abgenommen hat. Ganz besonders stark ist die Ausfuhr nach Finnland gestiegen, wohin 1928 für 216 Mill. RM. gegen 154 Mill. RM. im Jahre 1927 ausgeführt worden sind. Auch Südeuropa hat seine Bedeutung als Absatzmarkt für deutsche Waren behauptet, obwohl die Ausfuhr nach der Schweiz noch nicht wieder die Vorkriegsbedeutung erlangt hat. Immerhin zeigt die Ausfuhr nach der Schweiz wachsende Tendenz. So konnten 1928 für 574 Mill. RM. Waren (gegen 491 Mill. RM. 1927) abgesetzt werden. Endlich hat auch Südosteuropa den Vorkriegsanteil am deutschen Export wieder erreicht. Der größte Abnehmer ist hier die Tschechoslowakei, die allerdings einen erheblichen Teil überseeischer Rohstoffe über Deutschland bezieht. Die Ausfuhr zeigt



nach allen in Betracht kommenden Ländern langsame Zunahme. Auch nach Südslawien hat die Ausfuhr 1928 (88 Mill. RM.) gegen 1927 (74 Mill. RM.) zugenommen.

Im Verkehr mit den anderen Erdteilen hat sich 1928 gegen 1927 nicht allzuviel verändert. Die Einfuhr aus Afrika und Asien hat sich gehoben (s. Übersicht), während die Einfuhr aus Amerika und Australien leicht zurückgegangen ist. Demzufolge ist auch der Anteil Afrikas und Asiens an der deutschen Einfuhr gestiegen, während der Anteil Amerikas leicht zurückgegangen ist. Bei Asien erklärt sich die Zunahme hauptsächlich aus dem erhöhten Rohstoffbezug aus Britisch-Indien und China; aus Britisch-Indien sind 1928 für 708 Mill. RM. (gegen 525 Mill. RM. 1927) — hauptsächlich Ölfrüchte, Baumwolle, Futtermittel, Häute —, aus China für 330 Mill. RM. (gegen 265 Mill. RM. 1927) — hauptsächlich Ölfrüchte — bezogen worden. Die Einfuhr aus Afrika hat sich 1928 gegen 1927 um fast 10 Millionen RM. gehoben, eine Folge des erhöhten Warenbezugs aus Britisch-Südafrika (Wolle und Futtermittel), Französisch-Marokko (Gerste) und Belgisch-Kongo. — Der Rückgang der Einfuhr aus Amerika beruht im wesentlichen auf dem im Berichtsjahr verminderten Bedarf Deutschlands an Getreide, Fleisch und Baumwolle; die Abnahme ist durch erhöhten Bezug an Kaffee (aus Brasilien und Guatemala) und Salpeter (Chile) zum Teil kompensiert worden. Von dem Rückgang sind die Vereinigten Staaten, die mit 2027 Millionen RM. bei weitem Deutschlands größter Lieferant sind und Waren mannigfacher Art liefern, verhältnismäßig am wenigsten betroffen worden. Die größte Abnahme zeigt die Einfuhr aus Argentinien (135 Mill. RM.), das trotz dieser Abnahme mit 934 Mill. RM. Deutschlands zweitgrößter Warenlieferant geblieben ist. Der Warenbezug aus Argentinien hat sich gegenüber der Vorkriegszeit ganz erheblich gesteigert; während 1913 aus Argentinien nur 4,6 v. H. der deutschen Einfuhr kamen, hat Argentinien 1928 einen Anteil von 6,7 v. H. an der deutschen Einfuhr gehabt.



Bei der Ausfuhr nach Außereuropa zeigt sich, daß der Anteil Afrikas, Amerikas und Australiens zurückgegangen ist, während der Anteil Asiens unverändert geblieben ist. Absolut hat jedoch nur die Ausfuhr nach Australien leicht abgenommen, dagegen die Ausfuhr nach den übrigen Erdteilen leicht zugenommen. Gestiegen ist insbesondere die Ausfuhr nach Argentinien, den Vereinigten Staaten und Brasilien sowie nach China, Japan, Niederländisch-Indien und — in weniger erheblichem Maße — nach einigen anderen Ländern.

Nach den von der Statistik ausgewiesenen Zahlen fällt auf, daß die Ausfuhr nach Übersee hinter der Entwicklung der Ausfuhr nach den europäischen Staaten zurückgeblieben ist. Es ist zu hoffen, daß diese Erscheinung nicht auf einer Vernachlässigung des Überseemarktes seitens der deutschen Warenhersteller und Exporteure beruht, sondern sich aus der kürzlich erfolgten Veränderung der statistischen Erhebungsweise erklärt. Seit dem 1. Oktober 1928 werden nämlich die über Hamburg ausgehenden Waren nicht mehr beim Übergang über die Zollgrenze, sondern erst, nachdem sie ins Schiff verladen worden sind, zur Statistik angemeldet. Von der hierdurch bedingten Verzögerung der Anschreibung werden naturgemäß hauptsächlich Sendungen nach außereuropäischen Ländern betroffen, da es sich bei der Ausfuhr über Hamburg ja vorwiegend um Überseesendungen handelt.

Internationale Sozialpolitik im Jahre 1928.

Von Dr. Joachim Fischer, Regierungsrat im Reichsarbeitsministerium.

Alljährlich legt der Direktor des Internationalen Arbeitsamts, Albert Thomas, der Arbeitskonferenz einen umfangreichen Bericht über die Entwicklung der Internationalen Arbeitsorganisation vor. Dieser Bericht, der ursprünglich nur in den Amtssprachen Englisch und Französisch erschien, seit 1926 aber auch in deutscher Sprache veröffentlicht wird, ist wegen seines erschöpfenden Inhalts mit Recht das „Jahrbuch der Internationalen Sozialpolitik" genannt worden. Er wird auf jeder Internationalen Arbeitskonferenz zur Debatte gestellt. Bei dieser Gelegenheit werden — ähnlich wie dies bei den Verhandlungen über die Etats der einzelnen Ministerien in den Parlamenten geschieht — die Wünsche, Anregungen und Kritiken der Delegierten zur Tätigkeit des Arbeitsamtes, der Arbeitsorganisation und zur internationalen und nationalen Sozialpolitik überhaupt vorgebracht. So ist es erklärlich, daß die Debatte über den Bericht des Direktors fast jedes Jahr in der Weltpresse einen starken Widerhall findet.

Es ist unmöglich, im Rahmen eines kurzen Aufsatzes den Inhalt des Jahresberichts für 1928 einigermaßen vollständig zu umreißen. Nur ein allgemeiner Überblick über seine Gliederung und über das, was vom deutschen Standpunkt besonders interessant ist, kann hier gegeben werden.

Der Bericht gliedert sich in zwei große Teile. Der erste, dem das Hauptinteresse zukommt, schildert die Wirksamkeit der Internationalen Arbeitsorganisation, ihrer Organe und Einrichtungen und die Gesamtheit ihrer Beziehungen, sowie die praktischen Ergebnisse der Tätigkeit der Organisation, nämlich die Ratifikationen der Internationalen Arbeitsübereinkommen und die mittelbaren und unmittelbaren Auswirkungen auf die Sozialpolitik der Mitgliedstaaten. Der zweite Teil enthält einen Auszug aus den Berichten, die die Regierungen pflichtgemäß über die Durchführung der von ihnen ratifizierten Übereinkommen erstatten.

Die Internationale Arbeitsorganisation umfaßt zur Zeit 55 Mitgliedstaaten, darunter ein Land (Brasilien), das nicht Mitglied des Völkerbundes ist. Die Vereinigten Staaten von Amerika, Sowjet-Rußland, Mexiko, Ägypten und die Türkei gehören ihr nicht an. Gleichwohl hat das Internationale Arbeitsamt mit diesen Staaten wissenschaftliches Material ausgetauscht und überhaupt möglichst rege Beziehungen unterhalten. Auf der großen Reise, die der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes im Vorjahre nach Japan und China unternommen hat, um für die Arbeitsorganisation zu werben, hat er auch Rußland berührt. Über die wirtschaftliche und sozialpolitische Lage dieses Landes, in dem das Arbeitsamt vielfach als „Anhängsel des imperialistischen Völkerbundes mit der Aufgabe der Verschärfung der Klassengegensätze" angesehen wird, enthält der Bericht besonders aufschlußreiches und vollständiges Material.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamts ist im Vorjahre neu gewählt worden. Große Veränderungen haben sich nicht ergeben. Bei den Sitzen, die auf die Regierungen entfallen, ist lediglich an Stelle von Norwegen Schweden getreten. Durch Umorganisation des Arbeitsamtes ist die Stelle eines Divisionschefs, die etwa der eines Ministerialdirektors entspricht, neu geschaffen worden. Diese Stelle ist mit einem Deutschen, dem Ministerialdirektor Dr. Ritter aus dem Reichsarbeitsministerium, besetzt worden. Damit ist Deutschland jetzt auch unter den obersten leitenden Beamten des Amtes vertreten. Freilich sind Frankreich und England, die auch den Direktor und den stellvertretenden Direktor des Arbeitsamtes stellen, unter dem etwa 400 Köpfe umfassenden Personal verhältnismäßig noch erheblich besser vertreten. Die Stärkung des deutschen Einflusses in der Arbeitsorganisation ist aber unverkennbar. Immer mehr Veröffentlichungen erscheinen in deutscher Sprache. Deutschland ist auch der beste Abnehmer für die Druckschriften des Amtes.

Der Haushalt des Arbeitsamtes beläuft sich auf rund 8½ Millionen Franken, die durch Beiträge der Mitgliedstaaten aufgebracht werden. Festgesetzt wird der Etat durch den „Finanzminister" der Arbeitsorganisation, nämlich den Völkerbund. Die Zusammenarbeit der Arbeitsorganisation mit dem Völkerbund erfährt im Bericht eine eingehende Würdigung. Namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet war diese Zusammenarbeit sehr eng.

In der Arbeitsorganisation sind neben den Regierungen die großen Verbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichberechtigt vertreten. Der Bericht schildert die Entwicklung dieser Verbände und ihre Beziehungen zum Arbeitsamt. Sodann wird die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1928 einer Analyse unterzogen. Dazu wird u. a. ausgeführt, daß neben der Festigung der Währungsverhältnisse und der Ausweitung der verfügbaren Kapitalbestände für das Jahr 1928 der fortschreitende Zusammenschluß der Industrie kennzeichnend gewesen sei. Diese ausgedehnte Zusammenschlußbewegung stehe vielfach im engen Zusammenhange mit der Rationalisierung. Diese beherrsche zur Zeit geradezu zwangläufig Menschen und Dinge. Sie erneuere, verjünge und belebe die Wirtschaft, werfe freilich auch schwerwiegende Fragen auf, insbesondere in sozialer Hinsicht. — Einen breiten Raum nehmen naturgemäß die Mit-

teilungen über die erfolgten Ratifikationen ein, von denen im Vorjahre 79 eingetragen worden sind — die höchste Zahl, die bisher in einem Jahre erfolgt ist. Insgesamt sind nach dem Bericht von den seit 1919 durch die Arbeitskonferenzen verabschiedeten 26 Arbeitsübereinkommen 342 Ratifikationen von 32 Staaten beim Generalsekretär des Völkerbundes eingetragen, darunter 13 Deutschlands. Man darf aber, wie auch der Bericht andeutet, dem Spiel mit den Ratifikationszahlen keine übertriebene Bedeutung beimessen, da ihre sozialpolitische Wirkung von der Art des Übereinkommens, von der Größe des Staates und vor allem von der tatsächlichen Durchführung abhängt. Nach Ansicht des Berichts ergibt sich auch in bezug auf die tatsächliche Durchführung in den einzelnen Ländern eine immer wirksamere Kontrolle durch die Internationale Arbeitsorganisation. Ein besonderer Sachverständigenausschuß prüft die Berichte, die die Regierungen hierüber vorlegen. Dem Ausschuß lagen im Vorjahre 223 Berichte vor, gegenüber 175 im Jahre 1927. Die Zahl der zu Beanstandungen Anlaß gebenden Berichte hat abgenommen. Dagegen haben im Widerspruch mit den Vorschriften des Friedensvertrages 10 Staaten — allerdings vorwiegend industriell völlig bedeutungslose wie Äthiopien, Haiti, Guatemala, Albanien — den zuständigen Stellen ihres Landes noch keines der beschlossenen Übereinkommen zur Entscheidung darüber vorgelegt, ob die Ratifikation erfolgen soll.

Im Vordergrunde des öffentlichen Interesses auf dem Gebiete der internationalen Sozialpolitik steht das bekannte Abkommen von Washington über den Achtstundentag. Albert Thomas widmet daher der Entwicklung der Arbeitszeit in den verschiedenen Ländern seine besondere Aufmerksamkeit. Im vergangenen Jahr sind drei neue Ratifikationen erzielt, und zwar durch Luxemburg, Portugal und Kuba. Spanien hat bedingt ratifiziert. Der Direktor äußert sich über das weitere Schicksal des Achtstundentag-Übereinkommens hoffnungsvoll: „Die Idee des Achtstundentages bleibt überall lebendig." — Diese Hoffnung scheint insofern berechtigt zu sein, als die Arbeiterregierung in England inzwischen erklärt hat, daß sie alsbald die nötigen Schritte zur Ratifikation in die Wege leiten werde. Bekanntlich war es das konservative englische Kabinett, das durch seine Revisionsanträge zunächst eine ungeklärte Lage geschaffen hatte. (Vgl. den Aufsatz in Nr. 7 des laufenden Jahrgangs dieser Zeitschrift.)

Das Buch berichtet weiter über die Fragen des Arbeitsschutzes, der Gewerbehygiene und der Unfallverhütung, mit der sich die letzten Arbeitskonferenzen beschäftigt haben*). Einen breiten Raum nimmt die Sozialversicherung ein, die zur internationalen Regelung besonders drängt. Der Bericht stellt fest, daß der Gedanke der Sozialversicherung in der ganzen Welt immer mehr Boden gewinnt. Jährlich erscheinen 300—400 neue Gesetzestexte auf diesem Gebiet — ein Zeichen dafür, daß es hier sicherlich manche Schwierigkeiten zu überwinden gibt. Andererseits kann aber ein Grundgedanke, der sich so allgemein durchsetzt, doch kaum so falsch sein, wie es von manchen Gegnern der deutschen Sozialversicherung gegenwärtig behauptet wird.

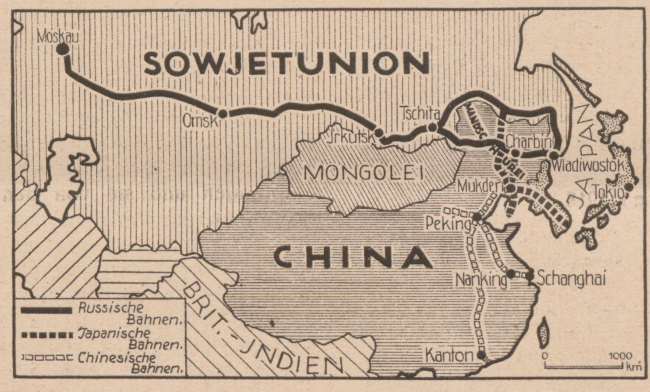
Es folgen Abschnitte über die Lohnfrage, wo insbesondere die internationalen Lohnvergleiche eine wichtige Rolle spielen, über die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung, wobei erschütternde Zahlen über den Umfang der Weltarbeitslosigkeit gebracht werden, über die Wanderungen, über die kolonialen und Mandatsfragen, wobei auch die Verhältnisse in China eine eingehende Darstellung erfahren, und über den Schutz einzelner Arbeitnehmergruppen, wie Seeleute, Landarbeiter, Angestellte usw.

Mit seinen reichen Tatsachenunterlagen zeigt der Bericht, daß die Internationale Arbeitsorganisation trotz aller Schwierigkeiten erfolgreich bestrebt ist, auf sozialpolitischem Gebiete für Gerechtigkeit und internationale Verständigung zu wirken und damit eine wichtige Aufgabe im Gesamtwerk des Völkerbundes zu lösen.

Um die Mandschurei.

Von Richard Huelsenbeck.

Die Mandschurei ist ein Land so groß wie Deutschland, Frankreich und Italien zusammen. Das, was man unter dem Namen Mandschurei begreift, die drei östlichen Provinzen des chinesischen Reiches, Heilunkiang, Kirin, Fengtien, zeichnet sich nicht nur durch die Weite und vielfach noch unerschlossene Wildheit seines Gebietes, sondern hauptsächlich durch seine Bodenschätze aus. Die Kohle liegt an vielen Stellen des Landes zutage, man kann sie in Säcke packen und abtransportieren. Die Mandschurei ist das einzige Gebiet Chinas, das (besonders im Norden) noch einen gewissen Waldreichtum hat. Der Boden, in dem man jährlich neue Wundererze, Gold, Silber, Platin entdeckt, setzt in Erstaunen durch seine Fruchtbarkeit. Im Süden, hinter Changchun, ist man an zwei Ernten gewöhnt, Hirse, Sojabohne, Süßkartoffeln wachsen in solchen Mengen, daß man die Mandschurei mit einer berstenden Scheuer vergleichen kann.



Dies Gebiet, diese Wundertenne, diese überquellenden Minen, die Felder, Flüsse und Gebirge (im Norden im großen Chingan gibt's noch Tiger, aber auch Pelztiere und Wild jeder Art) wurden bis vor 20 Jahren nur von wenigen schwer schuftenden Bauern und herumstreifenden Horden von Räubern, sogenannten Rotbärten oder Hunghutsen, bewohnt. Heute wohnen in der Mandschurei 30 Millionen arbeitsamer und hoffnungsfreudiger Menschen.

Die Kolonisation der Mandschurei hat den für China typischen Verlauf gehabt. Keinem Chinesen wäre es in den Kopf gekommen, die nur von zerfallenen Pagoden bestandenen und einzig von den Geistern der Toten belebten weiten Gebiete unter den Pflug zu nehmen. Hier wie überall ist der chinesische Bauer ein punkthaftes Wesen, das nur seine Familie, höchstens den Klan, die Familiengruppe, und wenn es ganz hochkommt, die Gilde oder eine andere mittelalterliche Vereinigung sieht. Er sträubt sich aber mit Händen und Füßen gegen Gedanken und Taten, die über seinen engen Horizont hinausgehen. Kolonisation ist wohl ein Begriff, der dem chinesischen Hirn am fernsten liegt, die Sprache hat nicht einmal einen Ausdruck dafür. Alles, was über die augenblickliche Zufriedenheit hinausgeht, stört das Tao, den Weg, den Laotse und Konfuzius vorgeschrieben haben.

Um die Wende des Jahrhunderts begannen die Russen sich für die Mandschurei zu interessieren, weil sie als Durchgangsgebiet für eine Anschlußbahn nach Wladiwostok wichtig wurde. Gegen den Willen der Chinesen und nach vielen Verhandlungen und eifersüchtigen Intrigen der Mächte wurde die Bahn gebaut, die dem Namen nach heute in die Chinese Eastern Railway und die Südmandschurische Bahn getrennt ist. Es ist bekannt, daß die Japaner nach dem siegreichen Krieg vom Jahre 1905 die Südmandschurische Bahn bis Changchun an sich nahmen.

Nach der Revolution gerieten die Russen in eine schwierige Lage. Die Chinese Eastern Railway war als ausgesprochenes Werkzeug des Zarismus, also als imperialistische Handhabe gegründet worden. Die neue russische Ideologie verbot das. Imperialisten wollten sie nicht mehr sein, aber andrerseits sträubten sie sich, einen nach Milliarden zählenden Besitz sang- und klanglos aus der Hand zu geben. Die Chinesen die begriffen, wohin der Hase lief (nämlich zur früheren oder späteren Aufgabe der Bahn), verdoppelten ihr Geschrei um die ungleichen Verträge, jammerten gegen versteckten und offenen Imperialismus und schlossen unter solchem künstlich herbeigeführten Druck die Verträge von Peking und Mukden (1924) ab. Die „Chinese Eastern" blieb zwar vorläufig in russischem Besitz, die spätere Übergabe wurde aber gegen eine Entschädigung in Aussicht gestellt. Die Verwaltung der Bahn sollte paritätisch vor sich gehen, die Russen versprachen, keine politische Propaganda zu treiben. Mit diesen Verträgen hatten die Chinesen einen unerwarteten Sieg erfochten, da ihnen nach den alten Abmachungen die Bahn erst nach vielen Jahren zufallen konnte. Die alten Verträge wollten zwar eine entschädigungslose Übergabe, aber das, was die Chinesen nach den neuen Verträgen zahlen sollten, bezog sich nur auf gewisse, von den Russen im Zusammenhang mit der Bahn

*) Anm: In Ergänzung des Aufsatzes über „Die 12. Int. Arbeitskonferenz" (Nr. 10 dieser Zeitschrift) sei mitgeteilt, daß auf dieser Konferenz im Juni d. J. eine Empfehlung über die Unfallverhütung im allgemeinen sowie zwei Übereinkommen über den Schutz der mit dem Be- und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter und über die Gewichtsbezeichnung auf schweren Frachtstücken beschlossen wurden. Ferner wurde die Versendung von Fragebogen über die Arbeitszeit der Angestellten und die Zwangsarbeit beschlossen.

Chronik des Versailler Vertrages (Fortsetzung.)

20. Oktober 1918.

Deutsche Antwort auf Wilsons Note vom 14. Oktober. Deutsche Regierung stellt anheim, Gelegenheit zur Regelung der Einzelheiten der Räumung und des Waffenstillstandes zu schaffen. Sie verwahrt sich gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen der Land- und Seestreitkräfte. An alle U-Boot-Kommandanten sind Befehle ergangen, die eine Torpedierung von Passagierschiffen ausschließen. „Die Frage des Präsidenten, mit wem er und die gegen Deutschland verbündeten Regierungen es zu tun haben, wird ... klar und unzweideutig dahin beantwortet, daß das Friedens- und Waffenstillstandsangebot ausgeht von einer Regierung, die, frei von jedem willkürlichen und unverantwortlichen Einfluß, getragen wird von der Zustimmung der überwältigenden Mehrheit des deutschen Volkes."

23. Oktober 1918.

Antwort Wilsons auf die deutsche Note vom 20. Oktober. Wilson stellt fest, daß die deutsche Regierung die von ihm verkündeten Grundsätze der Friedensordnung rückhaltlos angenommen habe und „in Erörterungen über die Einzelheiten ihrer Anwendung einzutreten" wünsche. Nach diesen und den anderen Versicherungen der deutschen Regierung glaube er es nicht ablehnen zu können, mit den alliierten Regierungen „die Frage des Waffenstillstandes aufzunehmen". Er könne aber, so erklärt er, nur einen solchen Waffenstillstand der Erwägung unterbreiten, „der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen verbündeten Mächte in der Lage beließe, **jede zu treffende Vereinbarung zu erzwingen und eine Erneuerung der Feindseligkeiten deutscherseits unmöglich zu machen".** Die Annahme derartiger Waffenstillstandsverhandlungen durch Deutschland werde „den besten und bündigsten Beweis dafür liefern, daß es die Bedingungen und Grundsätze der ganzen Friedensaktion unzweideutig annimmt". In die inneren Verhältnisse Deutschlands eingreifend, erklärt Wilson die bisher vorgenommenen Verfassungsänderungen für ungenügend. „Wenn die Vereinigten Staaten jetzt mit den militärischen Beherrschern und monarchischen Autokraten verhandeln sollen, oder wenn es wahrscheinlich ist, daß sie später mit ihnen über die völkerrechtlichen Verpflichtungen des Deutschen Reiches zu verhandeln haben würden, **müssen sie nicht Friedensverhandlungen, sondern Übergabe verlangen."**

26. Oktober 1918.

Der **Deutsche Reichstag** nimmt weitere Verfassungsveränderungen an, wonach künftig zur Erklärung des Krieges im Namen des Reichs die Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags erforderlich ist. Die **Militärgewalt wird der Zivilregierung,** d. h. dem Reichskanzler, **unterstellt.**

27. Oktober 1918.

Deutsche Antwort auf Wilsons Note vom 23. Oktober: „Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig ruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat."

Österreich-Ungarn bittet den Präsidenten Wilson um einen Sonderfrieden.

28. Oktober 1918.

Die Türkei bittet Frankreich und England um Waffenstillstand und Frieden.

30. Oktober 1918.

Waffenstillstand in Mudros zwischen der Türkei und den Alliierten.

3. November 1918.

Waffenstillstand zwischen Österreich-Ungarn und Italien.

3. November 1918.

Matrosenerhebung in Kiel.

4. November 1918.

Note der Alliierten an Wilson: Mit folgenden Einschränkungen erklären die Alliierten Regierungen „ihre Bereitschaft zum Friedensschluß mit der deutschen Regierung auf Grund der Friedensbedingungen, die in der Ansprache des Präsidenten an den Kongreß vom 8. Januar 1918, sowie der Grundsätze, die in seinen späteren Ansprachen niedergelegt sind. Sie müssen jedoch darauf hinweisen, daß der gewöhnlich so genannte Begriff der Freiheit der Meere verschiedene Auslegungen zuläßt, von denen sie einige nicht annehmen können. Sie müssen sich deshalb über diesen Gegenstand beim Eintritt in die Friedenskonferenz volle Freiheit vorbehalten. Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt und befreit, sondern auch wiederhergestellt werden müssen. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingung kein Zweifel bestehen darf. **Sie verstehen darunter, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Land, zu Wasser und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugeführten Schaden Ersatz leisten soll."**

5. November 1918.

Wilson teilt der deutschen Regierung die vorstehende Note der Alliierten vom 4. November mit und erklärt sich mit der darin enthaltenen Auslegung des Begriffs „Wiederherstellung der besetzten Gebiete" einverstanden. Er teilt ferner mit, daß Marschall Foch „ermächtigt worden ist, gehörig beglaubigte Vertreter der deutschen Regierung zu empfangen und sie von den Waffenstillstandsbedingungen in Kenntnis zu setzen".

Mit dieser Note Wilsons war **der Vorfriedensvertrag** zwischen Deutschland und seinen Feinden abgeschlossen. „Die Natur des Abkommens zwischen Deutschland und den Verbündeten, die sich aus diesem Notenwechsel ergibt, ist **klar** und **unzweideutig. Die Friedensbedingungen sollen den Ansprachen des Präsidenten gemäß sein, und der Zweck der Friedenskonferenz ist, „die Einzelheiten ihrer Anwendung zu erörtern".** Die Umstände des Abkommens trugen ein ungewöhnlich feierliches und verpflichtendes Gepräge; denn eine dieser Bedingungen war, daß Deutschland Waffenstillstandsbedingungen annehmen solle, die es **wehrlos** machen würden. **Nachdem Deutschland sich im Vertrauen auf das Abkommen wehrlos gemacht hatte, erforderte es die Ehre der Verbündeten, auch ihre Verpflichtungen zu erfüllen, und, wenn es Zweideutigkeiten enthielt, aus ihrer Lage keinen Vorteil zu ziehen."** J. M. Keynes, Die wirtschaftlichen Folgen des Friedensvertrages. S. 45 f.

III. Der Waffenstillstandsvertrag vom 11. November 1918 und seine Durchführung

8. November 1918.

Wald von Compiègne. Marschall Foch übergibt der deutschen Waffenstillstandskommission (Staatssekretär Erzberger, Gesandter Graf Oberndorff, General v. Winterfeldt, Kapitän z. S. Vanselow) die **Waffenstillstandsbedingungen** und fordert ihre **Annahme innerhalb 72 Stunden.**

9. November 1918.

Revolution in Deutschland. Abdankung des Kaisers und anderer Bundesfürsten.

10. November 1918.

Berlin. In einer Besprechung der Staatssekretäre wird die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen beschlossen. Staatssekretär des Auswärtigen Dr. Solf deutet in einer Staatssekretär Lansing gefunkten Note auf den Gegensatz zwischen den Wilsonschen Friedensgrundsätzen und den Waffenstillstandsbedingungen hin, die den Hungertod von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedeuteten und im deutschen Volke das Gegenteil der Gesinnung erzeugen würden, die eine Voraussetzung für den neuen Aufbau der Völkergemeinschaft bilde. Das deutsche Volk wende sich daher nochmals an Wilson mit der Bitte, auf eine Milderung der vernichtenden Bedingungen hinzuwirken.

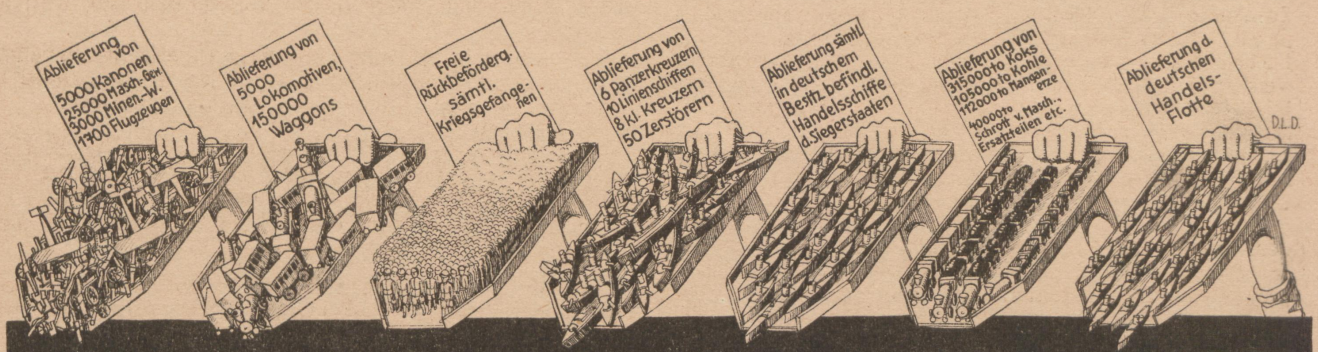
11. November 1918.

Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages. Die deutschen Bevollmächtigten geben dabei folgende Erklärung ab: Die deutsche Regierung werde selbstverständlich bestrebt sein, mit allen Kräften für die Durchführung der ihr auferlegten Verpflichtungen zu sorgen. Es dürfe aber kein Zweifel darüber gelassen werden, „daß insbesondere die Kürze der Räumungsfristen sowie die Abgabe unentbehrlicher Transportmittel einen Zustand herbeizuführen drohen, der ohne Verschulden der deutschen Regierung und des deutschen Volkes die weitere Erfüllung der Bedingungen unmöglich machen kann". Die Durchführung des Abkommens müsse das deutsche Volk in Anarchie und Hungersnot stürzen. „Nach den Kundgebungen, die den Waffenstillstand eingeleitet haben, mußten Bedingungen erwartet werden, die bei voller militärischer Sicherung unserer Gegner die Qualen der am Kampfe Unbeteiligten, Frauen und Kinder, beendet hätten. Das deutsche Volk, das 50 Monate lang standgehalten hat gegen eine Welt von Feinden, wird ungeachtet jeder Gewalt seine Freiheit und Einheit wahren. Ein Volk von 70 Millionen leidet, aber es stirbt nicht."

Wesentlicher Inhalt des Waffenstillstandsvertrages:

A. Westfront: Einstellung der Feindseligkeiten sechs Stunden nach Unterzeichnung; Räumung von Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen in 15 Tagen; Räumung der linksrheinischen deutschen Gebiete in weiteren 16 Tagen und Besetzung durch alliierte Truppen, die bei Mainz, Koblenz und Köln auch rechtsrheinische Brückenköpfe von 30 km Durchmesser besetzen; 10 km breite neutrale Zone auf rechtem Rheinufer; Auslieferung von 5000 Kanonen, 25 000 Maschinengewehren, 3000 Minenwerfern, 1700 Flugzeugen; Ablieferung von **5000 Lokomotiven, 150 000 Eisenbahnwagen** binnen 31 Tagen, von **5000 Lastkraftwagen** binnen 36 Tagen, der elsaß-lothringischen Eisenbahnen mit allem dazu gehörigen Material binnen 31 Tagen; Belassung alles für den Eisenbahnbetrieb auf dem linken Rheinufer erforderlichen Materials an Ort und Stelle; Rückgabe aller den Alliierten abgenommenen Lastkähne; Verwaltung der linksrheinischen deutschen Gebiete durch die örtlichen Behörden unter Aufsicht der Besatzungstruppen; die alliierten Truppen erhalten das Recht der Requisition in allen besetzten Gebieten; **Unterhalt der Besatzungstruppen** der rheinischen Gebiete (Elsaß-Lothringen ausgenommen) auf deutsche Kosten; unverzügliche Heimbeförderung sämtlicher Kriegsgefangenen der Alliierten **ohne Recht auf Gegenseitigkeit;** Heimbeförderung der deutschen Kriegsgefangenen wird durch Präliminarfrieden geregelt werden. **B. Deutsche Ostgrenzen:** Unverzügliche Zurückziehung aller deutschen Truppen aus Österreich-Ungarn, Rumänien, Türkei; Zurückziehung der deutschen Truppen aus Rußland, sobald Alliierten den Augenblick für gekommen erachten; Verzicht auf die Friedensverträge von Bukarest und Brest-Litowsk und ihre Zusatzverträge. **C. Ostafrika.** Abzug aller in Afrika kämpfenden deutschen Truppen innerhalb einer durch die Alliierten festgesetzten Frist. **D. Allgemeine Bestimmungen:** Heimbeförderung sämtlicher Zivilinternierten **ohne Recht auf Gegenseitigkeit.**

Finanzielle Bestimmungen: Schadenersatz; Verbot der Beseitigung öffentlicher Werte, die den Alliierten als Sicherheit für die Deckung der Kriegsschäden dienen können; sofortige Erstattung des Kassenbestandes der belgischen Nationalbank, sämtlicher Dokumente, Bargeld und Wertpapiere, die öffentliche und private Interessen in den besetzten Gebieten berühren, und des beschlagnahmten russischen oder rumänischen Goldes. **E. Seemacht:** Sofortige Einstellung der Feindseligkeiten; **Auslieferung aller Unterseeboote** innerhalb 14 Tagen; Internierung von sechs Panzerkreuzern, zehn Linienschiffen, acht Kleinen Kreuzern, 50 Zerstörern in neutralen Häfen oder in deren Ermangelung in Häfen der alliierten Mächte; Abrüstung aller anderen Kriegsschiffe;



Kosten des Waffenstillstandes in den ersten 4 Monaten: rund 4½ Milliarden Mk.

freie Aus- und Einfahrt der alliierten Flotten in die Ostsee; Besetzung aller deutschen Befestigungen an den vom Kattegat in die Ostsee führenden Meerengen; **die Blockade bleibt im gegenwärtigen Umfang bestehen;** deutsche Handelsschiffe auf hoher See unterliegen der Wegnahme; die Alliierten nehmen in Aussicht, Deutschland während des Waffenstillstands „in dem als notwendig anerkannten Maß mit Lebensmitteln zu versorgen"; Rückgabe sämtlicher in deutscher Gewalt befindlichen alliierten Handelsschiffe **ohne Recht auf Gegenseitigkeit.** F. Dauer: 36 Tage; bei Nichtausführung der Bedingungen kann er mit 48stündiger Frist gekündigt werden; Einsetzung einer ständigen internationalen Waffenstillstandskommission.

12. November 1918.

Die deutsche Regierung bittet Wilson um Einleitung der Friedensverhandlungen. „Wegen drohender Lebensmittelnot" legt sie „auf unverzüglichen Beginn der Verhandlungen besonderen Wert".

14. November 1918.

Durch Beschluß der Vereinigten polnischen Fraktionen des deutschen Reichstags und des preußischen Landtags wird in Posen ein **polnischer Volksrat** gebildet. Die an seiner Spitze stehende Kommission erläßt einen Aufruf zur Bildung eines **polnischen Teilgebietslandtages** durch Wahlen, bei denen alle in Preußen lebenden Polen, soweit sie polnischen Vereinen angehören, stimmberechtigt sind. Der Aufruf fordert ein **vereinigtes Polen** und Rückgabe alles dessen, was Eigentum der Nation ist; er droht mit Gewalt, „wenn die Vertreter der früheren (!) Behörden ihre unterirdische Arbeit nicht lassen sollten".

21. November 1918.

Der Hauptteil der deutschen Hochseeflotte wird zur Internierung bei Scapa Flow übergeben. Dem Waffenstillstandsvertrag zuwider haben die Alliierten auch nicht einmal den Versuch zur Internierung in neutralen Häfen gemacht.

Spa. General v. Winterfeldt verliest eine deutsche Protestnote, in der die Frage aufgeworfen wird, ob die von den Alliierten erzwungene überhastete Räumung „dem Sinne eines Waffenstillstandes entspricht, der doch den Zweck haben sollte, die Einstellung der Feindseligkeiten herbeizuführen und einen Frieden der Versöhnung und der Gerechtigkeit anzubahnen, oder ob nicht vielmehr eine solche Erzwingung unmöglicher Bedingungen eine nutzlose Fortsetzung der Feindseligkeiten in besonders unerbittlicher und unmenschlicher Form darstellt". „Tausende von tapferen Männern ... werden infolge der aufgezwungenen Gewaltmärsche als Opfer der Erschöpfung am Wege liegen bleiben oder kurz noch vor dem Erreichen der Heimat in Gefangenschaft geraten."

22. November 1918.

Deutsche Note an die feindlichen Regierungen: „Nach Zusatznote 1 zum Waffenstillstandsabkommen sollen Belgien, Frankreich, Luxemburg und Elsaß-Lothringen innerhalb 15 Tagen in drei Etappen geräumt werden. Die drei Etappen sind auf einer Karte verzeichnet. Die dritte Etappe greift auf der Karte westlich Prüm und zwischen Merzig und Saargemünd, und zwar einschließlich Saarlouis und Saarbrücken, auf rheinländisches Gebiet über. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß dies erfolgt ist, **um zu versuchen, diese Gebiete zu Elsaß-Lothringen bzw. Luxemburg zu schlagen.** Der Protest der deutschen Kommissionsmitglieder ist nicht beachtet worden. Die deutsche Regierung legt gegen jeden Versuch einer Loßreißung dieser Gebiete feierlichst Verwahrung ein."

23. November 1918.

Deutsche Note an die feindlichen Regierungen: „Im Vertrauen auf die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten verkündeten Grundsätze eines Rechtsfriedens hat sich das deutsche Volk um Vermittlung eines Waffenstillstandes an Präsident Wilson gewandt. An Stelle des erwarteten, von den Grundsätzen des Rechts und der Billigkeit und von dem Wunsche einer zukünftigen Versöhnung der Völker beherrschten Waffenstillstandes ist uns ein Waffenstillstand der Vergewaltigung und der Vernichtung geworden .... Sofort nach Abschluß der Waffenstillstandsverhandlungen hat sich die deutsche Regierung wiederum an den Präsidenten der Vereinigten Staaten mit der Bitte gewandt, so schnell wie möglich Verhandlungen über einen Präliminarfrieden herbeizuführen. Bis heute ist die deutsche Regierung ohne Nachricht darüber, wann endlich die Regierungen der alliierten Länder den Anfang mit dem Friedenswerk machen wollen." Den Entscheidungen der Friedenskonferenz dürfe in den rechtlich strittigen Fragen nicht vorgegriffen werden. „Die deutsche Regierung muß diesem von dem Präsidenten Wilson aufgestellten Grundsatz gegenüber feststellen, daß die von der französischen Regierung in Elsaß-Lothringen getroffenen Maßregeln, ebenso wie das Verfahren der Polen in den östlichen Grenzgebieten Deutschlands und einzelne Maßnahmen der nichtdeutschen Bestandteile des ehemaligen Österreich-Ungarns gegen die deutschen nichts anderes sind, als Versuche, den Entscheidungen der Friedenskonferenz mit Gewalt vorzugreifen. Gegen alle diese Versuche, wie gegen die Verzögerung des Friedensschlusses legt die deutsche Regierung schärfsten Protest ein."

24. November 1918.

Die deutsche Waffenstillstandskommission fordert Beseitigung der durch die Alliierten verhängten vollständigen Verkehrssperre zwischen Elsaß-Lothringen und dem übrigen Deutschland.

29. November 1918.

Deutsche Note an die englische, französische, belgische, italienische und amerikanische Regierung: „Für die Herbeiführung des Weltfriedens, für die Schaffung dauernder Sicherheiten gegen künftige Kriege und für die Wiederherstellung des Vertrauens der Völker untereinander scheint es dringend geboten, die Vorgänge, die zum Kriege geführt haben, aufzuklären. Ein vollständiges, wahrheitsgetreues Bild der Weltlage und der Verhandlungen zwischen den Mächten im Juli 1914 und der Schritte, welche die einzelnen Regierungen in dieser Zeit unternommen haben, könnte und würde viel dazu beitragen, die Mauern des Hasses und der Mißdeutung niederzureißen, die während des langen Krieges zwischen den Völkern errichtet worden sind." Die deutsche Regierung schlägt daher die Einsetzung einer neutralen Kommission zur Prüfung der Kriegsschuldfrage vor.

1. Dezember 1918.

Ein bis zum 2. Dezember, 10 Uhr vormittags, befristetes, jeder Berechtigung entbehrendes Ultimatum des Marschalls Foch fordert unter willkürlicher Verschärfung des Waffenstillstandsvertrages, daß sich unter den von Deutschland auszuliefernden 5000 Lokomotiven 2000 schwerste, 2000 schwere und 1000 leichtere befinden sollen[1]).

[1]) Der buchmäßige Bestand der deutschen Eisenbahnen wies damals 36008 Lokomotiven aus. Tatsächlich vorhanden waren in Deutschland nur 30709 Lokomotiven. Die übrigen waren im Kriege verloren gegangen oder befanden sich in den besetzten Gebieten, dem verbündeten oder neutralen Ausland. 30—50 v. H. waren ausbesserungsbedürftig.

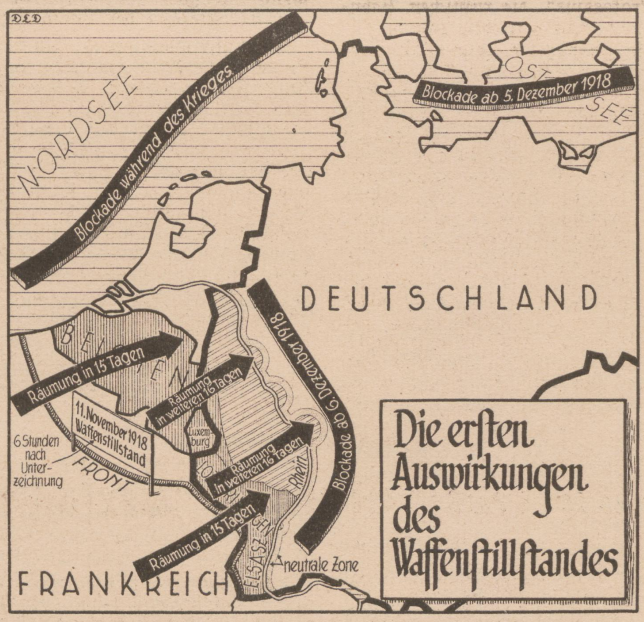
1. Dezember 1918.

Die Finanzkommission der internationalen Waffenstillstandskommission unterzeichnet das Schlußprotokoll: „Die deutsche Regierung verpflichtet sich, keinerlei Maßregeln zu ergreifen, die geeignet sind, ihren fiskalischen oder privatwirtschaftlichen Besitz in irgendeiner Weise zu vermindern, **da dieser Besitz das gemeinsame Unterpfand der Verbündeten zur Deckung der Kriegsschäden ist, auf die sie Anspruch haben.**" Sie verpflichtet sich ferner: Die Eisenbahnen, Kanäle, Bergwerke, Forsten sowie die ihr gehörenden kolonialwirtschaftlichen, industriellen und kommerziellen Unternehmungen weder zu verkaufen noch zu kreditieren, noch zu verpfänden, keine Goldausfuhr vorzunehmen oder zuzulassen, außerhalb der Bedürfnisse ihres Wirtschaftslebens Auslandswechsel und ausländische Effekten, die ihr oder der Reichsbank gehören, weder direkt noch durch Mittelspersonen ins Ausland zu übertragen. Es folgen Bestimmungen über die im Waffenstillstand vereinbarte Rückerstattung der aus den Gebieten der Verbündeten nach Deutschland übergeführten Beträge.

3. Dezember 1918.

Deutscher Protest gegen die Besetzung der linksrheinischen Gebiete durch **farbige Truppen**, die sich in den wenigen Tagen ihres Aufenthalts in der Pfalz schon eine ganze Anzahl von Notzuchtverbrechen und andere Ausschreitungen haben zu schulden kommen lassen.

Marschall Foch zeigt der Waffenstillstandskommission an, daß die Grenzen Elsaß-Lothringens bis auf weiteres gesperrt werden. Dabei wird das Gebiet von Saarbrücken u. Saarlouis in die elsaß-lothringische Grenze einbezogen. Deutscher Einspruch hiergegen.



3. bis 5. Dezember 1918.

Posen. Der **polnische Teilgebietslandtag** fordert die Rückgabe aller von den Polen seit jeher bewohnten Gebiete und wählt einen Obersten Volksrat als oberstes Organ aller Polen innerhalb der Grenzen des bisherigen Deutschen Reiches.

5. Dezember 1918.

England verschärft die Blockade Deutschlands, indem es in Kopenhagen amtlich mitteilt, daß die Verbandsmächte die deutsche Schiffahrt in der Ostsee nicht mehr zulassen würden. Dänische Schiffe könnten zwar fahren, aber es müsse vorher eine Verständigung über die einzunehmende Ladung erfolgt sein. Nur Kali und Kohle, aber keine Halb- und Ganzfabrikate, dürften noch aus Deutschland ausgeführt werden. Auch Dänemark dürfe nur die auf Grund des Wirtschaftsabkommens vereinbarten Nahrungsmittel ausführen.

Nachdem der Waffenstillstand den Engländern die Einfahrt in die Ostsee geöffnet hat, unterbinden sie rücksichtslos nicht nur die deutsche Schiffahrt mit den skandinavischen Ländern, sondern auch die deutsche Küstenschiffahrt und die Küstenfischerei.

6. Dezember 1918.

Protest der deutschen Waffenstillstandskommission gegen die vertragswidrige Ausweisung von Beamten und anderen Personen aus den besetzten Gebieten, insbesondere Elsaß-Lothringen. Die „offenbar systematisch betriebenen Ausweisungen", die „in überaus rücksichtsloser Weise ausgeführt werden", verfolgen „anscheinend politische Ziele". „Derartige Maßnahmen würden geeignet sein, den Entscheidungen des Friedensschlusses vorzugreifen."

Marschall Foch übergibt der deutschen Waffenstillstandskommission folgende Entscheidung: „Der Lebensmittelverkehr von der .... besetzten Zone nach der neutralen Zone, ferner die Eisenbahn- und Straßenbahnverbindungen zwischen Zonen sind nicht zulässig in Anbetracht der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Blokkade Deutschlands, die im Waffenstillstandsabkommen vorgesehen ist."

7. Dezember 1918.

Marschall Foch erläßt in den besetzten Gebieten folgende Bekanntmachung: „Die Militärbehörde der Verbündeten nimmt das Kommando des Landes in ihre Hände. Sie fordert von jedem die strengste Gehorsamkeit. Die zur Zeit der Okkupation bestehenden Gesetze und Vorschriften werden verbürgt, insofern sie uns in unserem Recht und unserer Sicherheit nicht stören. Die Zivilämter werden unter Leitung und Aufsicht der Militärbehörden ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Beamten haben die Pflicht und sind beauftragt, ihr Amt fleißig und ehrlich weiter zu verwalten. Die Gerichte werden weiterhin das Recht sprechen. Die Bewohner müssen sich in Worten wie in Taten jeder direkten und indirekten Feindseligkeit den verbündeten Behörden gegenüber enthalten. Sie müssen sich den ihnen gesetzmäßig auferlegten Requisitionen unterwerfen. Ein jeder, der sich eines Verbrechens oder Vergehens schuldig gemacht hat, sei er Täter oder Mitschuldiger, wird sofort verhaftet und vor ein Kriegsgericht gefordert werden."

9. Dezember 1918.

Deutscher Einspruch gegen die einseitige, mit dem klaren Wortlaut des Waffenstillstandes unvereinbare Entscheidung Fochs vom 6. Dezember (siehe oben) über die Unzulässigkeit des Lebensmittelverkehrs aus dem besetzten ins unbesetzte Gebiet. Diese Maßnahme dehne die bisherige Blockade auf „Sperrmaßnahmen zu Lande" aus, was mit dem Wesen der Blockade im Widerspruch stehe. Der Vertrag fordere (und zwar im Abschnitt über die Seemacht) nur die Aufrechterhaltung der Blockade „im gegenwärtigen Umfang". In Fochs Entscheidung liege jedoch „eine ganz erhebliche Verschärfung und Ausdehnung der Blockade, unter welcher die deutsche Kinder- und Frauenwelt der rechtsrheinischen Gebiete besonders hart leidet; diese ist auf die Zufuhr von Milch und anderen unentbehrlichen, rasch verderblichen Lebensmitteln aus den geräumten Gebieten um so mehr angewiesen," als die in Aussicht gestellte Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln überhaupt noch nicht erfolgt ist.

errichtete Werte. Zum Beispiel Schulen, Badeanstalten, Reparaturwerkstätten. Im übrigen hätten die Chinesen jede Summe unterschrieben, da sie ja doch niemals imstande gewesen wären, das eine oder das andere zu bezahlen.

Hier ist des Rätsels Kern. Die Chinesen, die früher nicht ahnten, welche Möglichkeiten die Mandschurei bot, verstehen es jetzt, als besorgte Patrioten aufzutreten. Sie sind schlau genug, um zu begreifen, daß die Russen für lange Zeit unfähig sein werden, Krieg zu führen. Daß sie niemals, wenn sie ihr Prestige als friedliebende Macht nicht völlig verlieren wollen, wegen der „Chinese Eastern", der hochimperialistischen Bahn, Krieg führen dürfen. Die Politik geht nach anderen Regeln als die Moral. Die Chinesen begriffen, daß sie sich in einer äußerst günstigen Situation befanden. Wenn es ganz hart auf hart kam, waren immer noch die Gewehr bei Fuß stehenden Japaner da, die sich keine Gelegenheit, helfend einzugreifen, entgehen lassen würden. Diese Hilfe war den chinesischen Machthabern allerdings wenig erwünscht, sie hofften es so zu schaffen. Und sie haben es geschafft.

Hinter den Kulissen begannen Verhandlungen wegen der zu zahlenden Summe. Alles das zerschlug sich und mußte sich zerschlagen, da die Kassen der Chinesen völlig leer waren. Es galt, Zeit zu gewinnen. Eines Tages gab die Klausel der verbotenen politischen Propaganda das Mittel zur Lösung der verzwickten Materie in die Hand. Die Chinesen erklärten, die Russen hätten die Verträge gebrochen, weil die „Professjus", die russischen Bahnarbeitergewerkschaften, politische Propaganda getrieben hätten.

Haben die „Professjus" politische Propaganda getrieben? Sehr wahrscheinlich, da die Russen, denen materieller Einfluß versagt war, sich auf ideologischem Gebiet Schüler zu verschaffen suchten. Insbesondere in der Zeit, als Karachan und Borodin in China eine Rolle spielten. Es ist aber für Kenner der ganzen Angelegenheit zweifellos, daß die Chinesen das seit langem wußten und wegen der vollkommenen Hoffnungslosigkeit einer solchen Propaganda nicht eingeschritten sind. Nein, ihr Plan war ein anderer. Sie wollten die Ostchinesische Bahn in die Hand bekommen, Tschangtsolin hatte schon heftig darüber nachgedacht und auch einige kleine antirussische Theaterszenen arrangiert (Wegnahme der Sungariflotte!), aber daß man die politische Propaganda der „Professjus" als Vertragsbruch und als Grund für ein aktives Vorgehen benutzen könnte, ist ihnen erst vor kurzem aufgefallen. Selbst wenn die Verträge durch die Russen eindeutig gebrochen worden wären, hätte noch keine juristische Handhabe für die Entlassung aller sowjetrussischen Beamten und die gewaltsame Übernahme der Bahn bestanden, es gibt aber in politischen Dingen eine schöne Sache, die man als „fait accompli" bezeichnet. Die Besitzergreifung der „Chinese Eastern" ist ein sogenannter „fait accompli" mit dem Schein eines Rechtes. Die Russen sind aus dem Lande gejagt, mögen sie nun sehen, wie sie durch eine Konferenz zu ihrem Rechte kommen. In Asien, zumal in der Mandschurei sind derartige Methoden erlaubt. Man kann sie den Chinesen nicht einmal so übel nehmen, denn die Fremden haben, wenn sie Gelegenheit hatten, nicht anders gehandelt. Die Chinesen haben sich benommen wie die Engländer, als sie China gewaltsam öffneten und die Vertragshäfen schufen, die man besser als Gewalthäfen bezeichnet. Die Chinesen sind der Europäer gelehrige Schüler gewesen.

Es ist für einen Kenner der Verhältnisse im Osten sehr komisch, wenn die europäischen oder die deutschen Zeitungen berichten: „Man kabelt aus Peking. Chinesen sind bereit, Bahn zurückzugeben. . . ."

Den Teufel werden die Chinesen tun, keine Konferenz wird ihnen die Bahn entreißen. Es könnte höchstens sein, daß sie zu einer Zahlung verdonnert werden. Man wird jammern und schreien, sich an die Brust schlagen und erklären, daß dem Recht der letzte Pfennig nachhelfen muß. Eingeweihte wissen, daß die Kassen leer sind, es kann also nichts bezahlt werden. Da der Gläubiger keine Machtmittel hat, wird auch nichts bezahlt werden. Die Politik arbeitet eben so, besonders in China, dessen Kolonialgeschichte (ich meine die Zeit des Einbruchs der fremden Mächte) eine Kette von Katastrophen der internationalen Moral ist.

Immer wieder wird man von Leuten gefragt, ob es zum Kriege komme. Es kann gar nicht zum Kriege kommen, da beide Teile keinen führen können. Die Russen dürfen es nicht und haben kein Geld, die Chinesen können es nicht und haben kein Geld. Man muß das, was an der mandschurischen Grenze geschieht, als eine asiatische Form der politischen Verhandlung auffassen. Es wird praktisch überhaupt nichts mehr geschehen, die kommende Konferenz wird den Status quo feststellen und die Chinesen werden ihre Bahn laufen lassen. Es könnte höchstens sein, daß der antibolschewistische Bandenführer Semenoff, der von Tschangshueliang als schwarzer Mann verwandt wird, sein heißes Blut nicht zähmen kann und die russische Grenze überschreitet, um seinen alten politischen Feinden eins auszuwischen. Aber auch das ist unwahrscheinlich, erstens ist er schlecht ausgerüstet und zweitens weiß er, daß er sofort erschossen wird, wenn man ihn erwischt.

Das Ende vom Liede wird sein, daß sich Chinesen und Japaner allein in der Mandschurei gegenüberstehen. Das kann jederzeit neue Konflikte geben, deren Tragweite unübersehbar ist.

Schüler reden über die Verfassung.

Von Arthur Eloesser.

Die Hochschule für Politik in Berlin veranstaltete im August vergangenen Jahres zum erstenmal ein Wettreden von deutschen Primanern beiderlei Geschlechts. Es war der deutsche Teil einer internationalen Veranstaltung, die aus amerikanischen und aus sehr einsichtigen Köpfen entsprungen ist. Das deutsche Thema war „Einigkeit und Recht und Freiheit".

Auch in diesem Jahre hat die Hochschule für Politik am Vortag der Verfassungsfeier einen Redewettbewerb deutscher Schüler veranstaltet. Das Thema war: „Welche Aufgaben stellt die Reichsverfassung der deutschen Jugend?" Es handelt sich um eine Art geistiges Olympia. Wenn die Jugend der ganzen Welt sich heute mißt im Fußball, im Laufen, im Schwimmen, in Speerwerfen, warum nicht auch in einem geistigen Turnier, zu dem sie einen Gedankengehalt in guter Form mitzubringen hat! Diese Achtzehnjährigen werden in noch innigerem Sinne die Vertreter ihres Landes sein als die Sportler. Man wird einen Hochsprung nicht recht ansehen, ob er deutschen oder französischen Ursprungs ist. Hier aber heißt es in seiner Sprache fechten, für die Seele seines Landes, für seine Erziehung, Tradition und für manches noch Unwägbare.

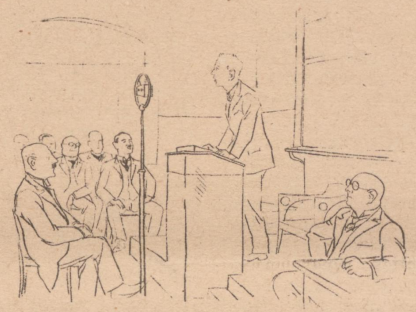
Es handelt sich nicht bloß um einen Rekord, es handelt sich um einen sehr interessanten, sehr vollständigen Vergleich und um die Möglichkeit von Sympathiegewinnen, die ja auch der Jugend am schnellsten bewilligt werden. Für uns handelt es sich aber noch um eine Anregung, die nicht verloren gehen sollte, und die auch ohne internationalen Wettbewerb eine weitere sorgsame Pflege verdient. Wir Deutsche sind kein Volk von Rednern; wir kennen diesen Mangel und sind fast bereit ihn zu schätzen, in der Einbildung, daß rhetorische Fertigkeit mit Oberflächlichkeit des Denkens und Lust an der Phrase gleichbedeutend sein müsse. Das sind die bekannten sauren Trauben. Wenn die Kunst der Rede unserer Zuverlässigkeit wie unserem Tiefsinn gefährlich sein könnte, so läßt sich nicht einsehen, warum Cicero und Demosthenes immer noch den höheren Schulklassen vorgelegt werden.

Ich selbst habe im Ausland Gelegenheit gehabt, über diesen Mangel und seine Folgen meine Erfahrungen zu machen. Als ich in Genf studierte, wurde innerhalb der völlig internationalen Studentenschaft beschlossen, sich nach deutschem Muster eine Art Ausschuß zur Vertretung ihrer Interessen zu verschaffen. Die jungen Engländer, Amerikaner, Russen, Bulgaren, Griechen, Serben, Japaner redeten frisch für die Sache; die deutschen Studenten murmelten etwas vor sich hin, als ob sie Vokabeln aufsagten, und sie enttäuschten am meisten, weil man sich auf ihre Sachkenntnis besonders verlassen hatte. Es waren eingesessene alte Semester und sie sprachen genau so gut Französisch wie die anderen, die es ebenso wenig von Hause her hatten. Sie genierten sich nur, mit Ausdruck und Nachdruck zu sprechen, und so begingen sie auch einen Akt der Unhöflichkeit gegen das Publikum, das sie zu hören und von ihnen zu lernen gekommen war.

Vor fünf Jahren, gegen das Ende der Inflation, machte ich eine Vortragsreise durch Holland. Vor mir waren viel berühmtere Männer, deutsche Dichter von europäischem Namen, derselben angenehmen Aufforderung gefolgt. Man hatte sie gefeiert, wie es ihnen zukam, worauf sie jede Antwort schuldig geblieben waren. Die Holländer zeigten sich mit Recht von einem Verhalten betroffen, das sie nur als Unhöflichkeit oder Unliebenswürdigkeit auslegen konnten. Ich versuchte mehrere Male meine Landsleute zu entschuldigen: sie können sehr schön schreiben, aber sie können nicht

reden und haben wohl an ihrer Stummheit selbst am meisten gelitten. Gewiß, für einen Dichter, der als einsam und eigenwillig Schaffender mehr Hemmungen hat als andere Leute, ist es noch schwerer, sich zum Reden zu überwinden. Aber möglich ist es auch. Thomas Mann ist ein geborener Nichtredner, aber auch ein Mann von großem Pflichtgefühl; er hat das freie Sprechen gelernt, ausgezeichnet gelernt, weil er nicht nur sich selbst, sondern auch die Würde seines Standes und die seiner Nation zu repräsentieren hat.

Die Völker wohnen heute dichter beieinander als je, sie haben öfter Veranlassung, sich gegenseitig auszusprechen, die Stände, die Berufe, die Gewerbe, die gleichen Gesinnungen dringen auf eine internationale Organisation. Der Nachteil Deutschlands macht sich am wenigsten bemerkbar, scheint sogar mindestens ausgeglichen, wenn etwa die Gewerkschaften oder sonst Arbeiterverbände zusammentreffen. Die deutschen Arbeiter haben das Reden gelernt, die anderen Kreise nicht, die ohne ihre politische Schulung sind. Müssen wir da resignieren? Ganz gewiß nicht. Keineswegs auch, wenn wir nicht so große rhetorische Begabungen wie etwa Treitschke und Bebel erlebt hätten.



Im Anfang des 18. Jahrhunderts schrieb ein Franzose, daß es dem rückständigen deutschen Volke nicht möglich sei, einen bel esprit hervorzubringen, was damals einen Dichter bedeutet. Bald darauf hatten wir die Blüte unserer Literatur. Stumme Völker sind immer unbeliebt, wirken sogar unheimlich. Die Rede ist nicht nur eine Waffe zu Angriff und Verteidigung, sie ist auch ein Schmuck als Kunstleistung, und die gute Form gewinnt immer. Walter Rathenau holte uns den ersten Prestigegewinn in Genua durch die große Form einer Rede, Stresemann einen anderen, weil er zu reden und zu hören versteht. Es kommt darauf an, die richtige Resonanz hervorzurufen, sich zu seinen Hörern in ein sympathetisches Verhältnis zu setzen. Die einer Persönlichkeit bewilligten Sympathien gehen auf das Volk über, durch die sie vertreten wird.

Die Schüler von Eton, die englischen Studenten von Oxford, Cambridge, London üben sich in der freien Rede; das ist Vorbereitung auf Führerschaft zu Hause und in der Welt. Das ist Notwendigkeit für ein demokratisches Staatsleben. — Als ich zur Schule ging, war die freie Rede so gut wie verpönt. Erstens hatten wir nicht das Recht, unsere Meinung zu sagen, zweitens hätten unsere Lehrer uns als Komödianten niedergelächelt, wenn wir eine Meinung mit einiger Leidenschaft vertreten hätten. Trugen wir also selbst im deutschen Unterricht etwas vor, so blieb uns nichts anderes übrig, als uns zu genieren. Damit waren wir gute Schüler, das will sagen, daß wir auch gute Untertanen zu werden versprachen, schweigsam, gehorsam, unbeholfen.

Es liegt also im Interesse auch unserer Zukunft, daß man die Jugend frei denken und reden läßt. Demokratie bedeutet eine auf alle Staatsbürger verteilte Verantwortlichkeit; wir müssen uns zu jeder Stunde zu der Würde von Regierenden erheben. Dazu gehört, daß wir im Notfall unsere Meinung vertreten können.

Die Hochschule für Politik hat, wie ich mich überzeugen konnte, einen außerordentlich glücklichen Versuch gemacht; sie hatte auch ein Thema gegeben, das historisch und grundsätzlich behandelt werden muß, das gleichermaßen in die Vergangenheit wie in die Zukunft sieht, und darum einer geistig bewegten Jugend angemessen war. Wurden alle die jungen Leute auf ein Thema gestellt, so ergab sich natürlich mehr ein Vortrag. Das ließ sich in jenem Fall nicht vermeiden. Eine wirkliche Rede, so gut sie vorbereitet sein mag, darf erst vor dem Hörer, im Kontakt mit dem Publikum entstehen; sie darf sozusagen inwendig, sie darf aber nicht auswendig mitgebracht werden.

Es bleibt zu erwarten, daß die Hochschule, vor ihr aber schon die Schule überhaupt, Gelegenheit zur Übung der edlen Redekunst gibt, zugleich mit der Möglichkeit der Diskussion, damit auch eine Improvisation stattfinden kann. Wird die Jugend durch diese Übung verflacht, werden dadurch Demagogen gezüchtet? Ich meine vielmehr, daß junge Menschen durch diese Erziehung selbständiger gemacht, daß sie, auf Hieb und Stich eingerichtet, mit den nötigen Schutz- und Trutzwaffen ausgerüstet werden, um später im öffentlichen Leben den Demagogen und ihren Phrasenschleudern widerstehen zu können.

Zur Zeitgeschichte

Das Wahlergebnis in Finnland.

Am 19. April hatte das Kabinett Mantere den finnischen Reichstag aufgelöst, weil er ihm die Erhöhung der Beamtengehälter in der von ihm vorgelegten Form nicht bewilligt hatte. Die Mehrheit wich in sich mit ihren diesbezüglichen Zugeständnissen und Wünschen ab, war aber keinesfalls einheitlich ablehnend. Das Kabinett Mantere andrerseits nannte sich ein überparteiliches, stützte sich aber im wesentlichen auf die Finnische Sammlungspartei und die Finnische Fortschrittspartei. Beide Parteien haben bei den am 1. Juli abgehaltenen Neuwahlen die Hauptverluste getragen. Es war seinerzeit („Heimatdienst" Nr. 10, S. 185) ausgesprochen worden, daß sich unter der Parole der Aufbesserung der Beamtengehälter keine Mehrheit für das Kabinett Mantere erstreiten ließe. Trotzdem zog es diesen Wahlkampf einem Rücktritt vor, anstatt der gespaltenen Opposition zu zeigen, daß sie in Wirklichkeit keine positive Mehrheit zu stellen vermöge. Das Wahlergebnis hat sich denn auch nach der allgemeinen politischen Entwicklung gerichtet, nicht nach der Streitfrage, die zur Wahl geführt hat. Es ist, verglichen mit den letzten Wahlen im Jahre 1926, das folgende:

Finnische Sammlungspartei	28	(34)	— 6
Finnische Fortschrittspartei	7	(10)	— 3
Agrarpartei	60	(52)	+ 8
Schwedische Volkspartei	23	(24)	— 1
Sozialdemokraten	59	(60)	— 1
Kommunisten	23	(20)	+ 3
	200	(200)	

Damit ist die Agrarpartei an Stelle der Sozialdemokratie zur stärksten Gruppe des finnischen Reichstags geworden und wird, wenn dieser im September zusammentritt und Manteres Regierung zurücktritt, aller Wahrscheinlichkeit nach die neue Regierung bilden. Der Gewinn dieser Partei, die im bewußten Gegensatze des platten Landes zu den Städtern die Gehaltsaufbesserung der Beamten am entschiedensten ablehnte, deutet auf weiteren Zuwachs. Die Kommunisten haben nicht nur auf Kosten der Sozialdemokraten gewonnen, sondern zweifellos auch Zulauf von den unzufriedenen und proletarisierten unteren Beamtenklassen erhalten. Ihre Stellung ist nicht zu unterschätzen. Während in Dänemark die Kommunisten überhaupt keinen parlamentarischen Vertreter aufweisen, während ihre geringe Zunahme in Schweden gegenüber den anderen Parteien praktisch nicht ins Gewicht fällt und sie in Norwegen eine gemäßige Tonart vertreten, ist in Finnland der nahe Moskauer Einfluß nicht zu verkennen, dem die immer noch schwankenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Landes ein günstiges Feld bieten.

Es entgeht der näheren Betrachtung nicht, daß sich die parlamentarischen Machtverhältnisse in allen nordischen Ländern immer mehr nach offen ausgesprochen wirtschaftlichen Gesichtspunkten verschieben. Kennzeichnend dafür ist der Zerfall der Finnischen Fortschrittspartei. Sie hat seinerzeit unter dem Russenregime die Intelligenz des Landes für sich gewonnen und unter dem Namen der Jungfinnen, im Gegensatz zu den Konservativen, mit den Schweden Finnlands den Kampf gegen die russische Gewaltherrschaft geführt, während die Konservativen (die heutige Sammlungspartei) glaubte, mit den Russen paktieren zu können. Während des Krieges trieb die Partei (die seit 1919 sich Fortschrittspartei nennt) Ententepolitik, stellte sich entschieden gegen Deutschland, diente einem übersteigerten finnischen Nationalismus und versteifte sich fanatisch auf das Alkoholverbot, dessen Unhaltbarkeit wohl allgemein anerkannt wird, das aber keine Partei als erste offen fallen lassen möchte. Demgegenüber sind die Aussichten der Agrarier (Bauern, kleinere Gutsbesitzer, Küster, Volksschullehrer, Dorfkaufleute) mit einem klaren Interessenprogramm zusehends gewachsen und werden die künftige Entwicklung der finnischen Politik — neben der Sozialdemokratie — maßgebend bestimmen. Allerdings wird dieser enge Gesichtskreis manche günstige Aussicht der Außenpolitik verbauen. Schon jetzt ist der Widerhall der geplanten deutschen Zollerhöhungen auf landwirtschaftliche Erzeugnisse — wie in Schweden und in Dänemark — alles andere als wohlwollend. Spricht man doch sogar davon, die Ausfuhr von Papierholz aus Finnland nach Deutschland zu sperren. Aber einmal an der Macht wird die Agrarpartei den politischen Realitäten Rechnung tragen müssen, und die zunächstliegende Frage, die das Kabinett Mantere stürzte und ihr selbst zur Nachfolge verhalf, wird durch sie irgendwie der Lösung nähergebracht werden müssen: die Aufbesserung der Beamtengehälter. Sie wird zweifellos von dem Ausfall der diesjährigen Ernte wesentlich mitbestimmt werden.

Ein neues Hausgehilfengesetz.

Nach der Aufhebung der alten Gesindeordnungen im November 1918 bildete das Dienstrecht des Bürgerlichen Gesetzbuches die einzige Rechtsgrundlage für die Beschäftigung in der Hauswirtschaft. Sie war hier besonders ungenügend, weil die Organisation sowohl der Hausgehilfen wie der Hausfrauen noch wenig ausgebildet ist und daher der Tarifvertrag, der im gewerblichen Leben die Hauptrolle spielt, noch wenig Bedeutung hat. Deswegen wurde die Forderung nach einem Sondergesetz für hauswirtschaftliche Arbeit dringend erhoben und allerseits anerkannt. Nach dem Vorgange Bayerns wurde der Entwurf eines Reichsgesetzes schon 1921 aufgestellt, vom Reichswirtschaftsrate ausführlich begutachtet und Ende 1922 dem Reichsrate vorgelegt. Infolge der Wirtschaftskatastrophe durch die Geldentwertung kam er dort aber nicht zur Erledigung. Inzwischen machten Fortschritte der übrigen Gesetzgebung Änderungen des Entwurfes erforderlich; neue Verhandlungen mit den Beteiligten zeitigten neue Wünsche und Vorschläge. Dadurch ergaben sich zahlreiche, zum Teile sachlich bedeutsame Abweichungen vom ursprünglichen Entwurfe. Diese hat das Reichsarbeitsministerium jetzt in einer Neufassung des Entwurfes zusammengefaßt und nach Billigung durch das Kabinett dem Reichsrate zugeleitet. Zugleich ist der neue Entwurf nebst Begründung in Heft 18 des Reichsarbeitsblattes veröffentlicht (Sonderabdrucke zu 50 Pf. durch das Büro des Reichsarbeitsblattes, Scharnhorststraße 35). Es ist anzunehmen, daß der Reichsrat nunmehr den Entwurf beraten und bald dem Reichstage zugehen lassen wird, der wiederholt die schleunige Vorlage gewünscht hat.

Der Geltungsbereich des Gesetzes soll sich auf die private Haushaltung beschränken, hier aber alle Arbeitnehmer umfassen, die mit hauswirtschaftlicher Arbeit oder mit persönlichen Diensten beschäftigt werden; also nicht nur die Hausgehilfen im engeren Sinne (die bisherigen Dienstboten), sondern auch Hausangestellte mit höheren Dienstleistungen und Lehrlinge. Nicht nur die in die häusliche Gemeinschaft aufgenommenen Personen fallen unter das Gesetz, sondern auch die nur zur Arbeit in den Haushalt eintretenden, doch findet auf sie nur ein Teil der Vorschriften Anwendung.

Der Entwurf enthält privates Vertragsrecht und öffentliches Schutzrecht. Während das Schutzrecht abschließend ist, tritt das Vertragsrecht nur ergänzend vor das allgemeine Recht des BGB. Da es auch vornehmlich den Zweck hat, angemessene Arbeitsbedingungen zu sichern, so ist es größtenteils zwingend. Seine Vorschriften gehen ohne weiteres in jeden Anstellungsvertrag ein. Abweichende Abmachungen sind nur dann gültig, wenn sie dem Arbeitnehmer günstig sind.

Das Schutzrecht ist vom Vertragsrechte streng geschieden. Neben einzelnen Sonderbestimmungen für Kinder und Jugendliche greift es drei allgemeine Verbote aus den Vertragsansprüchen heraus und stattet sie mit Strafschutz aus. Nur bei Verletzung dieser Schutzvorschriften darf auf Anruf Beteiligter eine Aufsichtsbehörde, das im Entwurfe des Arbeitsschutzgesetzes vorgesehene Arbeitsschutzamt eingreifen. Nur wenn seiner Aufforderung zur Beseitigung eines gesetzwidrigen Zustandes keine Folge geleistet wird, kann beim ordentlichen Gerichte eine Geldstrafe beantragt werden. Verantwortlich ist in erster Linie die Hausfrau als Haushaltsleiterin; an ihrer Stelle der Hausherr als rechtlicher Arbeitgeber nur, wenn er die Übertretung veranlaßt oder geduldet hat. Eine ständige Aufsicht über die Haushaltungen soll vermieden werden.

Aus dem Inhalte sind folgende Bestimmungen am wichtigsten. Bezüglich der Unterbringung ist bei Strafe verboten ein Schlafraum, der die Gesundheit oder Sittlichkeit des Hausgehilfen gefährdet. Vertraglich hat dieser den unverzichtbaren Anspruch auf angemessenen Schlafraum, auf ein eigenes Bett, Gelegenheit zum Waschen und zum sicheren Bewahren seiner Sachen, auf einen hellen, warmen Raum in der arbeitsfreien Zeit (Küche). Die Arbeitsdauer ist nicht geregelt. Nur ist durch Strafdrohung eine Mindestruhezeit von neun, für Jugendliche zehn Stunden gesichert, bei deren Verkürzung oder Unterbrechung ein Ausgleich stattfinden muß. Ferner hat der Hausgehilfe Anspruch auf angemessene Ruhepausen zwischen der Arbeit, auf einen freien Nachmittag in jeder Woche und an jedem zweiten Sonn- oder Feiertage, auf Beschäftigung am Sonntage nur mit laufender Arbeit und auf jährlichen Erholungsurlaub, der mit einer Woche beginnt und sich später auf zwei Wochen Mindestdauer erhöht. Bei Arbeitsunfähigkeit durch Erkrankung oder durch eine Niederkunft treten an Stelle der §§ 616, 617 des BGB. Sondervorschriften, die einen billigen Ausgleich zwischen den Bedürfnissen der Betroffenen suchen. Eine Beschäftigung in den ersten zwei Wochen nach der Niederkunft ist bei Strafe verboten.

Die Beendigung des Arbeitsverhältnisses ist abschließend geregelt, in Anlehnung an die Übung. Die Kündigung ist für Hausgehilfen am 15. für den Monatsschluß, für Hausangestellte am 15. des Vormonats für den Vierteljahresschluß zulässig. Es kann Kündigung mit Monatsfrist zum Monatsschluß vereinbart werden. Die über Gebühr umkämpfte Frage des Ausweises (an Stelle der früheren Dienstbücher) wird dahin gelöst, daß den Landesregierungen freigegeben wird, für Großstädte einen Ausweis mit Lichtbild und Unterschrift vorzuschreiben.

Das Bestreben des Entwurfes ist, die Hausgehilfen und Hausangestellten rechtlich den übrigen Arbeitnehmern möglichst gleichzustellen, ohne aber die besonderen Bedürfnisse des Haushaltes zu übersehen. Denn es ist wünschenswert, daß die Zahl der Hausgehilfen zunimmt.

Dr. Heinz Potthoff,
Referent im Reichsarbeitsministerium.

Zum Tode Heinrich Zilles.

Freitag, den 9. August, morgens 6,30 Uhr, starb Heinrich Zille an den Folgen eines Schlaganfalles, der ihn seit dem Frühjahr ans Bett fesselte. Damit wurde ein Künstlerdasein im 72. Lebensjahre beschlossen, das in der Fruchtbarkeit seines Wirkens und im Schicksal seines Erlebens so leicht nicht seinesgleichen hat. Ein begnadeter Schöpfer, ein ganz Großer mit dem Zeichenstift hat dem Tode seinen Tribut zollen müssen, ist aber damit nicht ausgelöscht aus dem Gedächtnis der Lebenden. Davor bewahrt ihn die Genialität seines Schaffens, die ihn solch großen Künstlern der Schwarz-Weiß-Technik wie Goya und Daumier würdig an die Seite stellt.

Zille gestaltete Berliner Volksleben in unverfälschter Reinheit, mit den Augen eines Berliners, der Zeit seines Lebens unter dem Volke weilte. Seine beiden Zeichenbücher „Kinder der Straße" und „Mein Milljöh" konnten nur auf Berliner Boden erwachsen. Beide sind mit Humor gesegnet, aber mit jenem Humor, in den sich eine Träne echtesten Miterlebens mischt. Diese Bücher haben Zilles Popularität begründet, seinen Ruhm nicht nur in Deutschland gefestigt, sondern auch über die Grenzen des Landes getragen. Das internationale Presseecho beim Tode Zilles zeigt dem deutschen Volke, daß man den großen Toten als künstlerischen Interpreten einer Zeichenkunst schätzt, die aus dem urwüchsigen Volkstum schöpft.

Der Verlag Carl Reißner, Dresden, hat in den letzten Jahren vier Bücher Zilles herausgebracht, in denen sich zu einem großen Teil die Lebensarbeit des Künstlers spiegelt. Zu einem hat Professor Max Liebermann die Einleitung geschrieben, ein anderes bringt Autobiographisches von Meister Zille in seiner sarkastischen Art. Man lernt ein Menschenleben kennen, das nicht auf Rosen gebettet war, sondern von dem man wirklich sagen kann: „Wenn es köstlich gewesen ist, so ist es Mühe und Arbeit gewesen". Hart und freudlos war die Jugend Zilles. Der Vater krank, Mutter und Kinder mußten arbeiten, aber es langte knapp fürs trockene Brot.

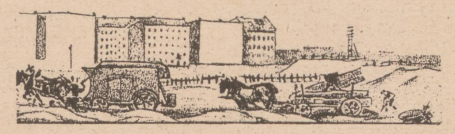
Der Krieg ist aus! *(Aus „Kriegsmarmelade".)*

Mit 14 Jahren kommt der Junge zu einem Lithographen in die Lehre. Warum? Zille schildert es selbst: „Das bißchen bessere Zeichnen, was mich vor den anderen Jungens auszeichnete, veranlaßte den Lehrer, mir das Lithographiegewerbe als Beruf nahezulegen. Er machte es mir klar: Bei dieser Arbeit sitzt man, gut angezogen, mit Kragen und Schlips. Man schwitzt nicht und bekommt keine schmutzigen Finger. Nachmittags 4 Uhr geht man nach Hause, die Lehre dauert drei Jahre und — du wirst mit „Sie" angeredet. Was willst du noch mehr?"

Bei der Arbeit kommt dem Lithographenlehrling der Wunsch, selbst einmal das Leben zu zeichnen, nicht immer nur Vorlagen zu kopieren. „Keine Stunde ließ ich mehr unbenutzt, beobachtete und strichelte darauflos. Ich dachte zurück an die Kinderzeit, an häßliche und heitere Erlebnisse — und versuchte diese aufs Papier zu bannen . . ."

Der junge Lithograph ist ein künstlerisch Besessener. Von einem faustischen Schaffenstrieb gepackt, bringt er die Fülle seiner Gesichte zu Papier. Der alte Professor Hosemann nimmt sich seiner an und fördert ihn. In dieser Zeit fehlte Zille das Geld, um ein Modell zu bezahlen. So ging er „ins Volk", immer auf der Jagd nach Motiven, und kam zu seinem „Milljöh". Im Norden und Osten der

Stadt, in den Gassen Alt-Berlins, während nächtelanger Fahrten auf der Ringbahn gab es so unerhört viel zu sehen, daß der Zeichenstift nicht zur Ruhe kam und sich Skizzenbuch auf Skizzenbuch füllte. So entstanden die tausende Zeichnungen des Meisters, die mit einer seltenen Eindringlichkeit nicht nur das schaffende Berlin, sondern auch die Enterbten des fünften Standes zeigen.



Aber seine Produktivität und die Förderung durch Max Liebermann vermochten trotzdem nicht, Zille die vollkommene Freiheit des künstlerischen Schaffens zu geben. Erst 1907, schon fünfzigjährig, scheidet er aus dem Betrieb aus, dem er „lange Jahre treu gedient" hatte. Schon sieben Jahre früher erregten seine Arbeiten auf der ersten Schwarz-Weiß-Ausstellung der Sezession berechtigtes Aufsehen. Zille wurde umkämpft und umstritten. Später erwarb das Kupferstichkabinett Radierungen, die Nationalgalerie weitere Arbeiten, damit war das Künstlertum eines Menschen offiziell legalisiert, der sich aus trüber Tiefe unter schwersten Kämpfen seinen ihm gebührenden Platz erobern mußte. Erst der Republik blieb es vorbehalten, dem Maler des Volkes auch die äußeren Ehren zu erweisen. 1924 erfolgte seine Ernennung zum Professor und die Aufnahme in die Akademie.

Der 10. Januar 1928, der 70. Geburtstag Zilles, gestaltete sich zu einer großen Ehrung durch das offizielle Deutschland. Die bescheidene Wohnung in einem Charlottenburger Mietshause, vier Treppen hoch, sah berühmte Persönlichkeiten zur Gratulationscour antreten. Jedoch Professor Zille blieb auch angesichts der äußeren Ehren ein schlichter Mensch. Wie sehr er mit den Ärmsten fühlte, geht daraus hervor, daß er seinen ganzen Nachlaß den Armen der Stadt Berlin vermacht hat. Den Menschen, die ihn als ihren Wohltäter und ihr Leben gestaltenden Künstler kennenlernten, galt seine letzte Sorge. Wenn die Stadt Berlin dem Künstler Berliner Lebens ein Ehrenbegräbnis bereitete, so erfüllte sie damit eine Pflicht gegen einen ihrer großen Bürger, dessen Werke noch in einer späteren Epoche für ihn und für sie zeugen werden.

Georg Schwarz.

Blick in die Bücher

„Das Kaiserreich am Scheideweg."

Eine der interessantesten Perioden der deutschen Innenpolitik der Vorkriegszeit ist Bülows Versuch einer „konservativ-liberalen Paarung". Der Block, der nach den Wahlen von 1907 zustande kam, weist in der Art seiner Zusammenarbeit deutliche Merkmale einer parlamentarischen Regierungsform auf. Das Ende des Blocks, das die Entlassung Bülows zur fast als selbstverständlich empfundenen Folge hatte, und der Übergang der gesetzgeberischen Initiative vom Bundesrat auf den Reichstag in der wichtigen Frage der Finanzreform erwecken fast den Anschein, als ob der Gedanke des parlamentarischen Systems in der Blockzeit entscheidende Fortschritte gemacht hätte.

Tatsächlich war das nicht der Fall, obwohl die politische Entwicklung zweifellos in diese Richtung drängte. Entscheidenden Einfluß hat sich das Parlament damals aber für die Zukunft nicht sichergestellt, weil die maßgebenden Parteien den Parlamentarismus theoretisch überhaupt ablehnten oder doch wenigstens die Entwicklungstendenzen des deutschen Verfassungslebens nicht richtig erkannten. Unter dem Titel „Das Kaiserreich am Scheideweg. Bassermann, Bülow und der Block" hat Th. Eschenburg im Verlag für Kulturpolitik soeben eine fleißige Arbeit über den Bülowblock veröffentlicht, für die Dr. Stresemann eine interessante Einleitung beigesteuert hat. Eschenburg verweist in diesem Buch auf Äußerungen Bassermanns, die zeigen, daß auch der nationalliberale Parteiführer nicht daran dachte, die Einführung des Parlamentarismus anzustreben. Bülow dürfte ebensowenig eine Abkehr vom System der konstitutionellen Monarchie gewünscht haben und sah sich doch gezwungen, als erster deutscher Kanzler seinen Rücktritt zu vollziehen, weil seine bisherige parlamentarische Mehrheit zerfallen war.

Verfolgt man Werden, Entstehen und Zerfall des Bülowblocks an Hand der Darstellung Eschenburgs, so findet man, daß in dieser Zeit die Macht des Parlaments erheblich zugenommen hat, ohne daß freilich seine Mitglieder selbst sich dessen voll bewußt wurden. Der Block wurde von Bülow geschaffen. Er entstand also nicht aus einer Initiative der beteiligten Parteien. Bülow wollte einmal vom Zentrum loskommen, dessen geschickte Parteiführung es verstand, die für die Gesetze benötigten Zentrumsstimmen für sich vorteilhaft politisch auszuwerten. Als bei einem kolonialen Nachtragsetat 1906 sich das Zentrum der Regierung in der zweiten Lesung versagte, der Freisinn aber zustimmte, löste Bülow den Reichstag auf und ließ unter kolonialer Parole — die Opposition sprach ironisch von „Hottentottenwahlen" — einen neuen Reichstag wählen. Die Auflösung erfolgte, obwohl das Zentrum in der dritten Lesung seine Haltung wahrscheinlich geändert hätte. Bülow sah aber die Möglichkeit einer neuen Mehrheitsbildung und griff deshalb mit sonst bei ihm kaum gewohnter Entschlußkraft ein. Niemand war in den Plan eingeweiht. Bassermann, der dann Bülows stärkste Stütze während der Blockzeit wurde, erklärte zu der Auflösung entrüstet im „Berliner Lokalanzeiger": „So kann heutzutage nicht regiert werden."

Die Wahlen von 1907 ließen den Zentrumssturm unerschüttert, brachten aber der Sozialdemokratie eine schwere Niederlage. Sieger im Wahlkampf waren die konservativen und liberalen Parteien. Zunächst operierte Bülow außerordentlich vorsichtig, um die konservativ-liberale Paarung zustande zu bringen. Schließlich aber sah er sich genötigt, seine ganze Persönlichkeit für den Block einzusetzen und sein politisches Geschick mit dem des Blocks zu verbinden. Dieses Maß der Identifizierung des Reichskanzlers mit seiner parlamentarischen Mehrheit war zweifellos ein Novum in der Geschichte des Reiches. Verschiedene Gesetzesvorlagen wurden durch einen ad hoc gebildeten Ausschuß des Blocks vorberaten, den wir heute „interfraktionellen Ausschuß" nennen würden. Gestürzt wurde Bülow endlich durch eine neue Mehrheitsbildung von Konservativen und Zentrum (schwarz-blauer Block), die anläßlich der Erbschaftssteuerberatung zustande kam.

Die Erbschaftssteuer sollte das Kernstück der großen von Bülow eingebrachten Reichsfinanzreform sein. Die Konservativen lehnten diese Steuer ab und setzten an ihre Stelle mit Hilfe des Zentrums eine ganze Reihe kleinerer Steuern. Der Bundesrat, der nach der Bismarckschen Verfassung ja die eigentliche Regierungsgewalt darstellte, fügte sich und der Reichskanzler mußte demissionieren. Es mutet wie eine Ironie des Schicksals an, daß es gerade die Konservativen waren, die einer Parlamentsmehrheit zum ersten Male zu einem wirklich entscheidenden Sieg über die Regierung verhalfen.

In die Blockzeit fiel auch die Daily-Telegraph-Affäre, die den Reichstag in seltener Einmütigkeit gegenüber dem Träger der Krone sah. Eschenburg veröffentlicht den Entwurf der Rede Bülows, wie sie ursprünglich gehalten werden sollte, und stellt die Bülowrede daneben, wie sie unter dem Eindruck der Reichstagsdebatte tatsächlich gehalten worden ist. In der ursprünglichen Fassung ging Bülow zu einem Gegenangriff gegen die öffentliche Meinung in Deutschland über: „Ich lese täglich in den Blättern, das deutsche Volk, das Sechzig-Millionen-Volk sei reif, sei mündig zur Leitung seiner Angelegenheiten, auch der auswärtigen. Die Überzeugung davon habe ich angesichts der maß- und ziellosen Übertreibungen so vieler Zeitungsartikel nicht sehr stark empfunden. Soll diese Art der Besprechung öffentlicher Schäden maßgebend sein, dann sind nicht, wie man glaubt, die Ämter demoralisiert; dann ist es die öffentliche Meinung!" Als dann aber alle Redner des Reichstags, einschließlich des Führers der Konservativen Herrn von Heydebrand, in starken Worten ihrer ernsten Sorge wegen des „persönlichen Regiments" des Kaisers Ausdruck gaben, hielt Bülow eine wesentlich andere Rede, in der es heißt: „Meine Herren, die Einsicht, daß die Veröffentlichung dieser Gespräche in England die von Seiner Majestät dem Kaiser gewollte Wirkung nicht hervorgerufen, in unserem Lande aber tiefe Erregung und schmerzliches Bedauern verursacht hat, wird — diese feste Überzeugung habe ich in diesen schweren Tagen gewonnen — Seine Majestät den Kaiser dahin führen, fernerhin auch in Privatgesprächen jene Zurückhaltung zu beobachten, die im Interesse einer einheitlichen Politik und für die Autorität der Krone gleich unentbehrlich ist. Wäre dem nicht so, so könnte weder ich noch einer meiner Nachfolger die Verantwortung tragen!"

Bülow reihte sich also in den Chor der Unzufriedenen ein und erreichte dadurch, daß der Stoß des Reichstages ins Leere ging. Der Kaiser hat Bülow diese Haltung nie vergessen. Dem System, dem Bülow zu dienen hatte, erwies er aber mit seinem geschickten Ausweichen einen großen Dienst. Die Daily-Telegraph-Debatte hatte zwar viel Staub aufgewirbelt, aber keinerlei verfassungsrechtliche Reformen zur Folge. Bülows Antwort auf die Interpellationen ließ die Reichstagsdebatte schon am zweiten Tage versanden.

Die Zeit des Bülowblocks bietet also des innerpolitisch Interessanten genug. Eschenburg geht aber entschieden zu weit, wenn er behauptet, der Zusammenbruch des Blocks im Jahre 1907 habe das Reich an den Scheideweg gestellt. „Was dann folgte,

war mehr oder minder eine zwangsläufige Entwicklung, die wohl da und dort modifiziert, aber nicht mehr grundsätzlich geändert werden konnte." Wie weit eine innerpolitische Entwicklung zwangsläufig ist, hängt immer von den Persönlichkeiten ab, die sie zu beeinflussen suchen. Weil Bethmann die Situation nicht mehr meistern konnte, braucht nicht gefolgert zu werden, daß das Einschlagen neuer Wege überhaupt unmöglich war. In den Augusttagen 1914 hätte eine energische Regierung eine grundsätzliche Lösung der unhaltbar gewordenen preußischen Wahlrechtsfrage in wenigen Tagen herbeiführen können. Die Osterbotschaft von 1917 kam spät, aber nicht zu spät. Es fehlte nur an der entschlossenen Ausführung.

Das parlamentarische System wurde dann Ende Oktober 1918 eingeführt, zu einer Zeit, wo die Aufmerksamkeit der ganzen Öffentlichkeit auf die Vorgänge an der Front und auf den Verlauf der Waffenstillstandsverhandlungen gerichtet war. So ist vielfach die irrtümliche Auffassung vertreten, daß erst die Revolution das parlamentarische System gebracht hätte, während seine Einführung eine selbstverständliche Folge des Krieges war. Ein Volk, das so gewaltige Opfer an Gut und Blut gebracht hatte, konnte innerpolitisch nicht länger am Gängelband geführt werden. Die Ereignisse in der Bülowzeit lassen aber die Behauptung zu, daß auch ohne Krieg Deutschland das parlamentarische System bekommen hätte. Es hätte allerdings länger gedauert, doch wären uns bei organischer Entwicklung vielleicht manche der krankhaften Erscheinungen erspart geblieben, die wir erleben mußten. Fritz Looff.

Bericht über die Veranstaltungen und den Verlauf des Dürerjahres Nürnberg 1928. Herausgegeben und verlegt vom Stadtrat.

Begleitet von einer großen Anzahl instruktiver Bilder wird dieser Erinnerungsband all denen willkommen sein, die die großartige Dürerausstellung und die anderen Nürnberger Veranstaltungen zu Ehren Albrecht Dürers miterlebt haben. Erstaunen und ehrliche Bewunderung über die große organisatorische Vorarbeit und über den würdigen, durchaus unpompösen Verlauf dieses Erinnerungsjahres wird das Buch auch bei Nichtbesuchern hervorrufen. Und es erweckt zum dritten die Hoffnung, daß dieses Dürerjahr kein einmaliges begeistertes Aufflammen gewesen sein möge, sondern daß Dürers unendliche Kraft auch weiter hell lodere. E. Hi.

Studenten als Landarbeiter.

Von Ernst Hirschbach, stud. jur.

Als wir neun Studenten uns in Eberswalde im Postautobus zusammenfanden (das akademische Erwerbsvermittlungsamt hatte uns allen den gleichen Zug genannt), sahen wir uns erst ein wenig mißtrauisch an: jeder hatte seinen schlechtesten Anzug an, jeder hatte ein für vier Wochen verdächtig kleines Köfferchen mit, uns allen kam unsre neue soziale Stellung recht wenig geheuer vor. Aber als wir in dem großen Gutshof standen — wie oft hatte man sich an der breiten ruhigen Anlage dieser Gutshöfe schon gefreut, nun sollte man selbst einmal dazu gehören —, als die Wirtschafterin, die uns empfing, uns erst einmal vor eine Kanne Kaffee und einen kleinen Butterbrotberg setzte, da sah doch alles schon gemütlicher aus. Unsere Zimmer — je drei Mann schliefen zusammen — waren primitiv, aber sehr sauber und ordentlich: Tisch, Bett, Schrank, Stuhl, Waschschüssel. Was braucht ein Landarbeiter mehr. Morgen früh um 5 Uhr sollten wir also auf dem Hof sein, bis 7 Uhr abends ginge die Arbeit. Zwei Stunden davon seien Pause. Nun gut, elf Stunden Arbeit, wir werden ja sehen.

Die elf Stunden fielen uns in den ersten Tagen doch recht schwer. Wir waren vollkommene Neulinge, beim Kartoffelbuddeln wußten wir nicht, wie wir die Hacke halten mußten, sollten wir aufs Feld fahren, konnten wir kein Pferd aufzäumen, saßen wir in der Scheune, so legten wir die Garben durcheinander. Am ersten Tag hackten wir Kartoffeln und jäteten Unkraut aus. Das war das leichteste, was man den schwachen Studenten bieten konnte. Und schließlich wollten wir für die 30 Pfennig, die wir in der Stunde verdienten, doch auch wenigstens etwas leisten. Und so hackten und jäteten wir voll Inbrunst und fielen abends tot in die Betten. Am nächsten Tag gingen wir aufs Feld und luden die Garben auf die Wagen; am dritten saßen wir in der Scheune und packten das Getreide ein. O ja, wenn man die Roggenbunde mit der „Forke" auf den gefüllten Wagen hob, da merkte man schon nach zwei Stunden seine Arme deutlich. Da war doch das Grünfutterholen für die 60 Kühe verlockender. Man fuhr (nicht zu schnell, Eile gab es auf dem ganzen Gut nur kurz vor Feierabend) hinaus aufs Feld, der eine setzte sich auf die Mähmaschine, der andere auf die „Hungerharke" und so gondelte man mit viel Geschrei und Peitschenknall zwei Stunden lang um das Feld herum, bis die Luzernen abgemäht und zusammengeharkt dalagen. Dann ging es erst an die Arbeit, das schwere Zeug aufzuladen und nachher vor dem Kuhstall wieder herunterzuwerfen. Und jedesmal erschien dann aus dem Kuhstall das graue Gesicht des „Oberschweizers": „Wieder zu wenig Grünfutter. Na, heute Abend kriegt ihr keine Milch." Und dann tranken wir Neun am Abend 18 Liter. Über unseren Appetit brauchte sich die Gutsverwaltung überhaupt nicht zu beklagen; besonders wenn wir in der heißen, staubigen Scheune gestanden hatten, wenn ein Wagen nach dem anderen angefahren war und wir mit Todes- und Schweißverachtung die Roggengarben durch die Scheune fliegen ließen, bis der „Packer" sie schimpfend und stöhnend richtig zu legen versuchte, wenn es dann 12 Uhr schlug und wir notdürftig gesäubert in unsrem Eßsaal antraten, o, dann verschwanden die Kartoffeln und das Fleisch, die Milch so schnell, daß die beiden Küchenmädchen die Augen aufrissen.

Wir gediehen gut bei diesem Leben. Nachdem wir uns erst einmal an die neue Lebensweise gewöhnt hatten (5 Uhr Anfang der Arbeit, 12 Uhr Mittag, 10 Uhr ins Bett), da war es uns doch ein großer Genuß, gerade nach den drei Monaten reiner Kopfarbeit auch zu erkennen, daß wir noch einen Körper hatten und daß dieser Körper leistungsfähig ist. Das Einswerden mit dem Rhythmus der Natur, mit dem Wechsel von Arbeit und Ruhe ergriff und stärkte uns. Das produktive Arbeiten, das Werteschaffen und Werteerhalten war uns stolze Freude.

Nur flüchtig haben wir in diesem Monat in die Landwirtschaft hineinsehen können und doch waren die Probleme, die auch bei diesem kurzen Einblick auftauchten, dunkel und schwer. Die landwirtschaftliche Arbeit ist sicher die schwerste: elf Stunden Arbeit draußen (im Winter durchschnittlich sieben Stunden), draußen auch bei drückender Schwüle, draußen auch bei grimmiger Kälte, das fordern wenige Berufe. Hinzu kommt die völlige Machtlosigkeit, die vollkommene Abhängigkeit von der Natur: ein Hagelschlag, ein Spätfrost kann Monatsarbeit vernichten.

Auf uns Städter stürmt das Neue auf dem Lande mächtig ein. Aber die Arbeiter dort (wir hatten ein glänzendes Verhältnis zu ihnen) vermißten bitter jegliche Geistigkeit, nicht einmal ein Kino, ja kaum einmal ein Fremder. Ist es da ein Wunder, wenn in dem einen Monat zwei Bauernjungen nach Berlin zogen, weil hier „nichts los sei".

Aber dann stiegen wir in Eberswalde wieder in den Zug, und über Gesundbrunnen fuhren wir zum Stettiner Bahnhof. Beim Anblick der traurigen grauen Straße bissen wir die Zähne zusammen und wußten, daß wir unauslöschlich in diesem Monat etwas gelernt hatten: die Liebe zum Wachsenden und Reifenden, die Liebe zum Mähen und Sammeln, die Liebe zur Arbeit in der Natur.

Der Heimatdienst

hat seinen Bezugspreis seit 1. Januar 1926 nicht erhöht.

Trotzdem seit jenem Stichtag an

die Papierpreise . . um 80 Prozent
die Druckpreise . . . um 25 Prozent
die Versandkosten um 50 Prozent

also die reinen Herstellungskosten um ca. 60 Prozent gestiegen sind. Dazu kommt eine wesentliche Bereicherung des Inhalts, sowohl was den Text als auch Bilder angehen.

Der Verlag sieht sich also vor die Notwendigkeit gestellt, den Bezugspreis den heutigen Gestehungskosten anzugleichen.

Ab 1. Oktober erhöhen wir den Bezugspreis

von 1.25 RM auf 1.80 RM für 1 Vierteljahr
von 5.00 RM auf 7.20 RM für 1 Jahr
Das Einzelexemplar kostet 0.40 RM

Wir hoffen zuversichtlich, das diese Erhöhung allgemein als gerechtfertigt anerkannt und getragen wird.

Die Leistungsfähigkeit der Zeitschrift steigt mit steigender Bezieherzahl. Darum bitten wir unsere geehrten Bezieher, für uns werbend tätig zu sein. Benutzen Sie den beigefügten Bestellschein, um uns Adressen aufzugeben, an die wir

Probenummern

senden sollen.

Bevorzugen Sie die

Inserenten

des Heimatdienstes bei Ihren Anschaffungen, damit auch auf diesem Gebiete unsere Zeitschrift als führend anerkannt wird.

Ich bitte Probenummern der Zeitschrift
„DER HEIMATDIENST“
unverbindlich mit Bezugnahme auf mich an nachstehende Adressen zu senden.

1. .....

2. .....

3. .....

Ort: ..... Name: .....

Datum: ..... Beruf: .....

Zentralverlag GmbH, Berlin W 35, Potsdamer Str. 41

BRIEFMARKEN!
Auswahlhefte jeder Art mit sehr billigen Preisen stehen ernsthaften Sammlern gern zur Verfügung. Bestellen Sie meine Auswahlhefte.
S. W. Hess, Frankfurt a. M., Goethestraße 2.

Gutsituierte
vollschlanke Dame, Vierzigerin, Witwe, angenehme Erscheinung, mittelgroß, wünscht Neigungsehe mit besseren Beamten bis 50 Jahre, anonym verbeten!
Zuschriften unter Postlagerkarte 25, Berlin O. 32.

Kauft bei den Inserenten

Abessinierbrunnen

kann jeder selbst aufstellen. Manschetten u. Klappen sow. sämtliche Ersatzteile, für alle Pumpen passend, sofort lieferbar.
Illustrierte Preisliste gratis.
A. Schepmann, Pumpenfabrik, Berlin N 300, Chausseestraße 88

„Gemütlicher Verein"

wenn die Stimmen am Stammtisch bunt durcheinanderschwirren und wenn die Gläser klingen und auf die holden Gattinnen angestoßen wird ... Schon sind die Gedanken daheim, jeder sieht im Geiste sein friedliches „zu Hause" vor sich, und nun, meine Herren Mitglieder, lassen sie mich Ihnen einen wohlgemeinten Rat geben: Sollten Sie eine neue Zimmer-Einrichtung brauchen oder auch Ergänzungsstücke und zeitgemäße Einzelmöbel, dann merken Sie bitte: Alles was Sie an Möbeln wünschen, hat gegen kleine Anzahlung und bei besonders leichten Raten

Möbel-Gabbert
Berlin N 9 31, Veteranenstraße elf
Neuer großer Katalog kostenlos

Sonder-Angebot

Bouclé-Teppiche	Axminster-Teppiche	Velour-Teppiche
ca. 140x200 RM 31	ca. 140x200 RM 31	ca. 140x200 RM 38
„ 175x250 „ 49	„ 175x250 41	„ 175x250 54
„ 200x300 „ 68	„ 200x300 „ 61	„ 200x300 „ 80
„ 250x350 „ 100	„ 250x350 „ 96	„ 250x350 „ 121

Kokos, Bouclé, Brüssel. Velour u. Tournay-Auslegeware u.

Unikork-, Granit-, Jaspé-Moiré. Tisch- und Inlaid-
LINOLEUM
Stragula, Druck und Inlaid Läufer. Vorlagen u. Teppiche

TREPPENLÄUFER
Tischdecken von RM 7.— an
Divandecken von „ 17.— an

TEPPICH VOGEL
Gegründet 1899 **Berlin-Potsdamer Str. 14** Nahe Potsd. Platz
Bei Barzahlung 7 % Kasse-Rabatt auf Originalpreise, ausgenommen Linoleum- und Marken-Artikel

Edmund Franzkowiak & Co.
Inhaber: Hofspediteure Edmund Franzkowiak und Lothar Kurzhals
Berlin-Wilmersdorf, Uhlandstraße 83-84, Pfalzburger Straße 43-48.
Telephon: Pfalzburg (H. 1.) 645, 646, 647, 648.
Möbeltransporte / Wohnungstausch / Eigene moderne Lagerhäuser

Sonder-Angebot

Seltener Gelegenheitskauf

Das Wesen der Welt

von Heinrich Hellmund

Der 1324 Seiten starke in Lexikonformat gebundene Ganzleinenband, hergestellt auf holzfreiem Papier, kostet statt bisher **32.—** nur **15.—** zahlbar auch in Monatsraten von **3.—** Rm.

Aus dem Inhalt (Ein Teil der 65 Kapitel): Was ist uns von der Welt bekannt?, Das Wesen der Kräfte, Die chemischen Stoffe, Die Elektrizität, Die Entstehung des Lebens, Die Arbeitsteilung und Organbildung, Die Vererbung und Entwicklung, Das wahre Problem der Seele, Das Denken, Der Wille, Die sittlichen Grundbegriffe, Die Bestimmung des Menschen, Die Struktur der Gesellschaft, Das Wesen der Politik, Staatsphilosophie, Die Möglichkeit der Geschichtsphilosophie, Das wahre Verhältnis von Wissenschaft und Religion, Die Jugenderziehung, Die geistige Bildung, Das Verhältnis d. Geschlechter, Sensuale, formale u. ideale Ästhetik, Scherz u. Tragik, Wesen u. Bestimmung d. Genies, Der besondere Charakter der Gegenwart, Der europäische Krieg usw.

Wir liefern porto- und verpackungsfrei!

Deutsche Beamten-Buchhandlung
Anstalt des Deutschen Beamten-Wirtschaftsbundes

Bestellschein: Ich bestelle bei der Deutschen Beamten-Buchhandlung, Buchvertrieb des Beamtenschriftenverlages G. m. b. H., Berlin SW 48, Friedrichstraße 240-41, Abteilung H, Bergmann Nr. 3850, „Das Wesen der Welt" zum Preise von 15.— gegen Monatsraten à ..... — der ganze Betrag — die 1. Rate — folgt gleichzeitig — folgt auf Postscheckkonto der Deutschen Beamten-Zentralbank Berlin 8287 — folgt am .....
(Erfüllungsort: Berlin-Mitte)

Name und Stand: .....

Ort und Datum: .....

Die Kenntnis dieses erst 1927 erschienenen Werkes bedeutet eine wertvolle **Bereicherung Ihres Wissens.**

42000 Bezieher

22000 die sich in Reich, Ländern, Gemeinden **führend** betätigen
10000 **Lehrer** aller Gattungen
3000 **Auslandsdeutsche** innerhalb Europas
2000 **Prominente** aus dem politischen, wirtschaftlichen und geistigen Leben
dazu etwa 5000 **Amtsstuben, Konferenzzimmer, Lesesäle**

Weit über 42000 Leser

mit bestem Einkommen, und daher genügend kaufkräftig, werden vom **Heimatdienst** regelmäßig erfaßt

Bäder-, Reise-, Verkehrs- u. Geschäftsanzeigen haben im „Heimatdienst" durchschlagenden Erfolg!

Eiche gebeizt. Grösse 45×45×36. Feinste Qualitätsarbeit. Doppelfederwerk. Luxusplattenteller. Luxustonarm. Luxusschalldose. Preis 78.– ab Fabrik, ohne Zwischenhandel, daher billiger als im Laden bei Barzahlung. **Schallplatten** trotz Teilzahlung Mk. 3.–, Wochenrate 25. Prospekt gratis.

ZAUBER-TON

WOCHEN-RATE 2 M.

ANZAHL. 6.– PREIS 78.–

Anfertigung in eigener moderner Fabrik. Rücksendung innerhalb 8 Tagen gestattet.

Deutsche Sprechmaschinen-Centrale Abt. H
Berlin O 34, Petersburgerstr. 3
Postscheck konto Berlin 112667.

Schöne Büste
in 4–6 Wochen

Die eigenartige (nur äußerliche) Anwendung meines Mittels „JUNO" erzielt bei entschwunden. od. zurückgebliebenen **Entwicklung** derselben, während bei erschlafften Büste die frühere Elastizität u. **Festigkeit** in kurzer Zeit wieder hergestellt wird. Aerztlich wärmstens empfohlen. Garantie für Erfolg und Unschädlichkeit. — Preis Mk. 6,50. Versand a. Wunsch diskret geg. Nachnahme oder Voreinsendung.

Schröder-Schenke
Berlin W 163
Potsdamer Straße 26 B.

Creme Leodor

Vier wichtige Verwendungsmöglichkeiten:

Bei Sonnenbrand ist Creme Leodor ein wundervoll kühlendes Mittel gegen schmerzhaftes Brennen der Haut.

Bei Insektenstichen verhindert Creme Leodor, dick aufgestrichen, schmerzhaftes Anschwellen und Juckreiz.

Als Puderunterlage leistet Creme Leodor mit ihrem dezenten Blütenduft vorzügliche Dienste.

Bei roten Händen und unschöner Hautfarbe verleiht die schneeigweiße Creme Leodor den Händen und dem Gesicht jenen matten Teint, wie er der vornehmen Dame erwünscht ist.

Tube 60 Pf. und 1.— Mk., die dazugehörige Leodor-Seife 50 Pf. In allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Im Heimatdienst
laufend inserieren, heißt:
großen Gewinn erzielen!

Kugelkäse
rot, gesunde Ware o. Abfall
2 Kgl. = 9 Pfd. 4,80
200 Harzkäse ... 4,80
100 dto. u. 1 Kgl. 4,80 ab hier Nachn.
K. Seibold, Nortorf (Holstein) Nr. 507

Senden Sie mir Ihre Adresse,
bis Mk. 25.– tägl.
können sie verdienen durch Heimarbeit etc.
H. Lergen, Mannheim. 309

Prämierte Weine
Feine **Rhein-Weine**
nur direkt von
Erich Müller
Weinbau u. Weinkellerei
Nierstein a. Rhein
(Inh. d. F. Weingut Geschw. Strub).
Verlangen Sie Preisliste H 1

Marke: **Thüringer Ritter**
Pflaumenmus
gar. reine, zuckergesüßte, feinste Qualität, 10 Pfund-Eimer M. 3.75 ab hier Nachn.
Otto Ritter, Pflaumenmusfabrik, Schkölen i. Thür, 136.

„Diana" Draht-Matratzen
Bettstellen, Polster
Preisliste umsonst.
JOH. NIC. DEHLER
Coburg 15

OHNE DIÄT
bin ich in kurzer Zeit
20 Pfund leichter
geworden durch ein einf. Mittel, welch. ich jed. gern kostenl. mitteil. Frau Karla Mast, Bremen. B. E. 98.

Möbel
weil gut und billig nur bei
Winterfeld,
Große Frankfurter Str. Nr. 29.
Haltestelle: Andreasstraße.

Zeitgemässe Möbel
zu unerhört billigen Preisen
nur im
größten Möbelhaus
des
Südostens
Moritz Hirschowitz,
Skalitzer Str. 25 — Hochbahn Kottbusser Tor
Andreasstr. 30 — Nähe Markthalle

Vereinigte Krankenversicherungs-Aktiengesellschaft
(vorm. Gedevag, Kosmos u. Selbsthilfe)

Aktienkapital 5 Millionen RM.
Reserven über 4 Millionen RM.
Versichertenbestand über 400 000
Krankenversicherung mit Gewinnbeteiligung!
Vertragsgesellschaft vieler großer Verbände

Vollständig freie Arztwahl!
Kein Krankenschein und keine Krankmeldung!
Keine ärztliche Untersuchung bei der Aufnahme!
Hohe Leistungen bei Arzt-, Arznei-, Operations- und Krankenhauskosten!
Zahnbehandlung und Zahnersatz!
Wochenhilfe! Hohes Sterbegeld!
Bei Unfall sofort Anspruch auf die Leistungen!

Verlangen Sie kostenlos und ohne jede Verbindlichkeit Prospekt und Aufnahmeschein durch
OTTO MACK, Berlin O 17
Am Ostbahnhof 12

Jedes Buch durch die Deutsche Beamten-Buchhandlung

Silber-Bestecke
ohne Anzahlung gegen bequeme Monatsraten.
E. & C. HARTKOPF
Merscheid-Solingen 44
Stahlwaren-Fabrik u. Silberwaren
Begründet 1833.
Katalog gratis u. franko.

Nur Zivil- und Staatsbeamten

liefern wir seit 1884 direkt ab unser. Fabrik
Oberbetten
Unterbetten, Plümeaux und Kissen, Bettfedern und Daunen
streng diskret, gegen 9 Monate Ziel, ohne Anzahlung und monatliche Ratenzahlung. **Erste Rate 1 Monat nach Lieferung.** Jedes Bett wird für jeden Kunden nach getroffener Wahl besonders angefertigt.
Minderwertige Ware führen wir nicht.
Lt. amtl. notarieller Bestätigung:
1. **Über 400 000 Kunden in mehr als 10 000 Orten.**
2. **Über 100 000 Kunden haben zum 2. Mal und öfter nachbestellt.**
3. **Viele Kunden schreiben, daß solch gute Betten am eigenen Platze zu gleichen Preisen nicht zu kaufen sind.**

Gebr. Passmann A.-G.
Kölln 149, Trierer Straße 13.
Größtes Spezialgeschäft Deutschlands.
Verlangen Sie kostenlos Muster und Preisliste, auch Sie werden bestimmt unser Kunde.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil gemäß Pressegesetz: Ministerialrat Dr. Strahl, Berlin. — Für den Anzeigenteil: Walter Schmiedicke, Berlin SW 48. — Anzeigenpreis: Die 6gespaltene mm-Höhe kostet 40 Pf. Rabatte, Beilagenpreise und sonstige Insertionsbedingungen laut Tarif der Anzeigenverwaltung. — Alleinige Anzeigenannahme: Dr. Walter Setzefand Annoncen-Expedition, Berlin SW 48, Friedrichstr. 239. Fernruf: F 5 Bergmann 6848. — Offsetdruck: W. Büxenstein, Berlin SW 48.